

Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Postzeitungspreisliste Nro. 1758.

Abonnementspreis für Bergleute 40 Pfg. pro Monat; 1,20 M. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 M. pro Quartal 4,50 M. Einzelne Nummern kosten 1,— M.

Druck und Verlag von H. Müller-Bochum, Johannerstr. Nro. 22. Für die Redaktion im Sinne des Preßgesetzes verantwortlich Franz Bokorny-Bochum; mit H. gezeichnete Artikel verantwortet Otto Hue-Essen.

Anzeigen kosten die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Bei 6maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt. 12 88 1/2 80 50

Der Streit im Zwidauer Kohlenrevier

Gl. Durch einen geringfügigen Anlaß, den eine Verzögerung im Juni-Gedinge gegenüber dem Mai-Gedinge der Bergleute des Tiefbauschachtes vom Erzgebirgischen Steinkohlen-Berein hervorgerufen, entstand plötzlich eine Lohnbewegung. In einigen Tagen mehrere Hundert junge Leute mit fortgesetzten die Verhandlungen mit den Beamten wegen Verrückung des Gedingepreises vom Monat Mai zu einem für die letzter bestehenden Resultate führten, war über Nacht eine lebhafte Bewegung da, wie wir sie seit 1889 hier noch nicht wieder gesehen hatten. Nachdem den Förderleuten die geringfügige Lohnerhöhung abgelehnt, verweigerten sie die Einfahrt erlaubten sich sogar eine Schlichterhöhung von 10 pCt., pCt. für Ueberstunden und Sonntagarbeit, und Auszahlung des Gedingepreises zum Schichtlohn, der auf diesem Werke 1,60 2,20 M. beträgt, von mindestens 90 Pfg. pro Schicht zu verlangen. Die Werksverwaltung ließ sie ablaufen; da aber am 10. Juni Restlohn vom Mai ausgezahlt wurde, hatten die jungen (von denen wohl nur einige dem deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband angehört) die organisationslos da. Muth und firekten weiter in der Hoffnung, daß das en als Schlichtergericht angesehene Bergamt doch zu ihren Vermitteln werde.

am 10. Juni zur Besprechung der Angelegenheit eine allgemeine Bergarbeiterversammlung war außergewöhnlich gut besucht und folgte dem Vortrag und der sich daran anschließenden Diskussion mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Häuser des Tiefbauschachtes Vertrauensschächtes auf welchen sich der Streit mit ausbreitete, bekamen nun auch Muth — die streikenden Förderleuten ihnen, es ging mit der Arbeit nicht mehr vorwärts — Förderung stockte fast ganz. Und so kam es denn, daß schon dieser ersten Streikversammlung ein Antrag angenommen wurde, nach welchem sich die anwesenden Häuser und Lehrhäuser dem Vorgehen der Förderleute einverstanden erklärten und nach, dieselben eventuell ebenfalls durch Stellung von Forderungen und Arbeits einstellen zu unterstützen. Am Montag 13. Juli wurde in 2 von Bergleuten aller Werke des Reviers fünf Besuchen Versammlungen eine Commission der Schächten des „Erzgebirg. Vereins“ gewählt, welche für unterirdischen so gut wie für die Tagesarbeiter, die oben ebenen Forderungen bei der Werksverwaltung stellen sollte. Commission erging es beim Herrn Berggrath Arnold, Direktor des Werks, kein Haar besser, wie den Förderleuten; leere Ausflüchte aber keine positiven Zusagen. Als am 17. Juni sich die Häuser und Lehrhäuser des „Tiefbauschachtes“ den Commissionsmitgliedern Bericht erlassen lassen, sagten sie fast einmüthig die Einfahrt: drüben auf dem Trauerschacht“ fuhr aber der größte Theil doch noch an, slich weil sie von dem Stand der Sache nicht genügend richtete waren. Die Voraussetzung der Werksverwaltung, die Hilfslosigkeit und Unelastizität der Bergleute die Bewegung zum Scheitern bringen könne, schien sich zu erfüllen; denn zwei Tage vergingen, ehe auch auf dem 3. und 4. Schacht Werks, sich die alten Grubenarbeiter aufriffen und gesamte Sache mit den schon Streikenden machten.

Mittlerweile hatten auch auf dem „Brüdenberg-Steinkohlen-ereins-Werk“ die Förderleute von 3 Schächten Muth bekommen, schnell einige Mann gewählt und Forderungen gestellt, sich mit den oben angegebener so ziemlich deckten. Mehrere Mann verweigerten schließlich die Einfahrt und zogen Kaufe einiger Tage auch einige Hundert Häuser mit in die egung hinein. Eine am 17. Juni tagende, von ungefähre 100 Mann besuchte Versammlung wählte nun eine gemeinsame Kommission, welche die laufenden Geschäfte erledigen und für Geld sorgen sollte. Noch am Sonntag darauf ergoß eine wahre Wölkerwanderung nach dem Versammlungsort Bergleute in Zwidau. Der Geist, welcher die Versammlung erregte, war anscheinend ein sehr guter, und die Beschlüsse in Fortsetzung des Widerstandes und Aufrechterhaltung der Forderungen bis zur Nachgiebigkeit der Grubeneigentümer den einstimmig gefaßt.

Auf andern Tag schlug aber der Wind um; telegraphisch man die Mitglieder der Berggrath der Bewegung gegen Lohnkommission auf Nachmittags 5 Uhr vor das Berg-gericht Zwidau, welches „vermitteln“ wollte. Die Arbeiter en nicht schlecht, als sie sahen, daß Vertreter der betreffenden le überhaupt nicht erschienen waren und der Vorsitzende gamschlichter Dr. Kretschmar den Ausständigen wegen „strebhaften Beginne“ ordentlich den Text las. Er te genügend unterrichtet zu sein, um ihnen zugleich im ne des Schlichtergerichts sagen zu können, daß die gegen-ge Geschäftslage der Werke, ebenso wie die Höhe der me, die seit 2 Jahren fortwährend gestiegen sind, eine Nach-gigkeit der Werke, die sich auf Verhandlungen mit den Aern auch nicht erlassen wollten, ausflüchte. Die Streikenden am besten, sich sofort wieder bedauerlos zur Arbeit melden. Aufmerksam gemacht auf die mögliche Ausschließung Führer von der Arbeit, entgegnete der Herr Landrath, auch in solchem Falle das Schlichtergericht höchstens ein „ut“ für die Bedrohten einzulegen, aber Beschlüsse darüber nicht n könne.

Ziemlich niedergeschlagen verließen die Arbeiter das Schlichtergericht. Da am anderen Tage wieder zwei Versamm- n stattfanden, bot sich für die Streikkommission Gelegenheit, ht zu erstatten und nach Schilderung der Schläge die eldung herbeizuführen. Die Aussichten für die Streikenden waren keineswegs rosig, am Abend zuvor war der Termin abgelaufen, welchen die ertwaltungen den Streikenden zur Wiederaufnahme der t gefaßt hatten; wer sich bis diesen Abend nicht wieder ertbeit meldete, sollte als freiwillig abgegangen betrachtet- mlassen werden, hätte also möglicherweise seine Kassengehälter das besonders für die älteren Leute keine Kleinigkeit ist.

Dann war zur Unterstützung der Streikenden kein Pfennig Geld da, die große Masse derselben gehörten überhaupt keiner Organi- sation an und durften also auch auf bedeutende Unterstützung von auswärtig nicht hoffen. Die Grubenbesitzer machten sich auf längeren Widerstand gefaßt und waren vermög der in ihren Händen angekauften Kapitalien wohl im Stande, große Opfer zu bringen, bevor sie nachgaben.

Es blieb den Ausständigen also fast weiter nichts übrig, als die Waffen zu strecken und obgleich sie beschloßen auch nach Aufnahme der Arbeit in weiteren Unterhandlungen mit den Werksverwaltungen noch etwas zu erreichen zu suchen, so wurden sie davon vorläufig doch abgeschreckt, weil man für ihre Wortführer sofort die Abgangsliste ausgefertigt hatte. Gegen die 70 der intelligentesten Leute, von denen einige 30 und mehr Jahre der Bergarbeit obgelegen und sich Selbst- und Knochenarbeiten zugezogen, ohne rentenberechtigt zu sein, flogen aus Pfaffen, unter ihnen Knappschaftsälteste, Arbeiterausschußmitglieder usw. Wenigstens ist man so anständig gewesen, diesen die Kassengehälter nicht vorzuenthalten und die Arbeitsperrre, welche man über sie verhängt, konnte nicht einmal auf alle Gruben ausgedehnt werden, 4 Mann wurden von ihrem benachbarten Grubendirektor wieder eingestellt.

Bedeutende Opfer hat also der Streit nicht gekostet, uns aber einen hübschen Zuwachs von Verbandsmitgliedern und Abonnenten des „Glückauf“ gebracht. Ein Beweis, daß die Streikenden aus dieser Bewegung wenigstens eine Nutzen- wendung gezogen, die für die Zukunft nicht verloren sein wird. Die Arbeiter sehen immer mehr ein, daß zu einem Kampf gegen die Unternehmer eine starke Organisation und ein müthiges Handeln unerlässlich ist. Die prägnante Haltung der Gruben- besitzer wird bald gebrochen werden, wenn die Vorbedingungen zu einem erfolgreichen Widerstand von den Bergleuten erfüllt sind.

Streiklichter auf das Knappschaftswesen.

Als die Annahme des neuen Knappschaftsstatuts in der Generalversammlung vom 14. Mai erfolgt war, scheuten sich einige Unternehmerorgane nicht, die Annahme des Statuts als einen Akt der sozialen Gerechtigkeit hinzustellen. Daß die eifrigen Bekämpfer des Statuts noch einige Geselstritte für ihren Heterinsfall erhielten, sei nebenbei bemerkt. Unsere Werksvertreter und hiermit zugleich das ganze Unternehmertum hatten auch alle Ursache, in Jubel auszubrechen, waren doch die großen An- sorderungen der sog. Heizer, wie die Aeltesten, welche das Statut bekämpft hatten, genannt wurden, mit einem Schläge zu Wasser geworden. Zuhelange mühselige Arbeit waren also nicht im Stande gewesen, auch nur ein für uns in etwa befriedigendes Resultat herbeizubringen. Woran lag das? Die Antwort ist für den nüchternen Beobachter nicht schwer zu finden.

Bei allen Kämpfen, in denen die Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum, besonders in den letzten Jahren, verwickelt war, hat es sich meistens der Unternehmer weniger darum ge- handelt, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter auf ihre Berechtigung zu prüfen, als um die Machtfrage.

Das Unternehmertum weiß — das haben die letzten großen Streiks, wie u. A. der Hamburger Hafenarbeiter- und der Bie- berger Ausstand, bewiesen — daß sie den Wünschen der Arbeiter wohl entgegen kommen können, auch ohne daß die Industrie dabei zu Grunde geht, wenn sie nur wollen. Man thut es nicht, nur um zu zeigen, daß der Arbeiter überhaupt nichts zu fordern hat. Wo sollte es auch hinaus, wenn die Herren im Hause nur für die Arbeiterwünsche am Plage sein sollten? Die Arbeiter müssen eben fühlen und lernen, daß sie vor dem, den die Natur zum wirtschaftlich Stärkeren „ausserkoren“, zu Kreuze kriechen müssen. Der Arbeiter hat nichts zu verlangen, sondern abzuwarten, bis von dem Tische des Unternehmertums die Brosamen für ihn hingeworfen werden. Und wehe ihnen, wenn sie ihre Forderungen erkämpfen wollen. — Sie werden besiegt und die Fessel wird um so strenger angezogen! Daß es so ist, brauchen wir unseren Kameraden nicht lange aus- rander- zusetzen. Die Bergangeheit war bis heute nach dieser Seite hin die beste Lehrmeisterin.

Die Machtfrage bildet auch den Kern in den Kämpfen zwischen den Bergleuten und Unternehmern in unserer Knapp- schafsreformbewegung. Was sollte unseren Werksbesitzern auch sonst abhalten, den von den Bergarbeitern seit Jahren aufgestellten Forderungen entgegen zu kommen? Die Phrasen von der Un- durchführbarkeit ist hier sicher nicht stichhaltig, da die Vertreter der Arbeiter ihre Forderungen, soweit dadurch der Knappschaftskasse Kosten verursacht werden sollten, jeder Zeit eine rechtmäßige Grundlage gegeben haben. Der Durchführbarkeit der Entwürfe der Aeltesten Weis und Gen., betr. Änderung der Personalsätze, Krankengeldes u., stand nichts anderes im Wege als der Wille der Werksbesitzer. Die Forderung wurden einfach unter den Tisch geworfen.

Wie kommt es nun, daß die Werksbesitzer durch ihre Ver- treter derartig mit den Wünschen der Arbeiter umgehen können? Einfach: Die Unternehmer üben ihre Macht aus und Men und ist heute im Stande, diese Macht zu brechen. Die Gesetzgebung erkennt in der Knappschaft die Werksbesitzer gerade so für voll- gültig an, wie die Knappschaftsmitglieder selbst. Noch weiter: Die Herren Werksbesitzer betrachten sich selbst als eben so gute Knappschaftsmitglieder, wie die Arbeiter, weil auch sie zur Klasse ihren Obolus entrichten.

Der Begriff „Knappschaftsmitglied“ ist recht behnbar, ebenso dehnbar wie der Begriff „Bergmann“. — Wir kennen ja diese Leute, die sich bei solennen Festen zum so und solvellen Male als „Bergmann“ den Knappen vorstellten. Es sind bei diesen Gelegenheiten unsere lieben wohlbeleibten „Mit- kameraden“, deren Arbeit es ist, den Wehriwerth der Grubenarbeit in ihre Taschen hineinzubringen, während sie ihre „Kameraden“ die Bergleute, mit nur soviel abspelsen, daß diese schließlich kaum

wollen, wie si ihre Familien ernähren sollen. Am besten können wir unsere „Knappen“ in ihrem Element kennen lernen, wenn die Bergleute mit Forderungen an sie herantreten. —

Nun, sie wähen sich als Knappen oder als Knappschafts- mitglieder bezeichnen. Eins steht aber fest, daß jeder vernünftig denkende Bergmann weiß, was er von diesen Leuten zu er- warten hat, trotzdem ihnen nach dem Prinzip der Knappschafts- kasse solcher Einfluß auf diese nicht ansteht! Aber das preußische Berggesetz u. a. räumt den Werksbesitzern trotz ihrer geringeren Beiträge die gleichen Rechte wie den Bergleuten ein. —

Das Unternehmertum hat es denn auch verstanden, dieses Recht zu seinen Gunsten auszubenten. Waren nach dem Knapp- schäftsstatut vom Jahre 1873 die Beiträge der Werksbesitzer 100 pCt., so verminderten sich dieselben vom 1. Januar 1892 ab auf 80 pCt. und vom 1. Januar 1894 ab gar auf 75 pCt. Das Berggesetz aber geht herunter bis auf nur 50 pCt. —

Auch in dem kleinften Detail des Verwaltungs- apparatus unserer Klasse werden wir finden, daß die Werksvertreter gegenüber den Arbeitervertretern im Vorteil sind. Wir werden später darauf noch besonders zurückkommen und zeigen, welches herrliche Institut unsere Knappschafts- kasse und wie das Stimm- recht in ungerechter Weise vertheilt ist.

Wenn die Werksbesitzer nicht auf die vom Gesetz bestrafte Beitragsleistung von 50 pCt. herantreten, so liegt es sicher nicht an der Menschenfreundlichkeit dieser Herren, sondern an Apathie und Rücksicht! Herr Dr. Weidmann zeigt uns den Weg, den die Werksvertreter zu gehen haben. Vor einigen Monaten legte dieser Herr im Verein zur Wahrung und Förde- rung bergmännischer Interessen“ dar, daß es bald an der Zeit sei, die Beiträge (d. h. nur die der Werksbesitzer!) zu revidiren. Also die Hälfte Beitrag und vermittelt ihres gleichen Stimm- rechts die Herrschaft über ein Kassenwesen, welches allein für die Arbeiter ins Leben gerufen worden ist! Auch das geringste Stimmrecht würde diese Herren zu Herrschern im Knappschafts- verein machen. Vermittelt ihr geselltes Recht und ihrer Macht seht sich die Werksvertreter als Restherrsinnen im Knappschaftswesen fest. —

Kann man es nun den Bergleuten verdenken, wenn sie die Meinung fegen, daß die Werksbesitzer vom Standpunkt des gesellten Rechts mit den Forderungen der Knappschafts- mitglieder umgehen, wie es ihnen allein beliebt? — Auf Grund ihrer Beiträge haben sie das Recht nicht! Ein historisches Recht etwa, womit sie ihre Handlungen begründen könnten, gibt es kein anderes, als daß die Werksvertreter es verstanden haben, durch ihre wirtschaftspolitische Macht in das Knappschaftswesen einzudringen.

Es hat eine Zeit gegeben (bis zur 2. Hälfte dieses Jahr- hunderts), wo die Herren Werksbesitzer überhaupt nicht zu sagen hatten. In den alten Knappschaftsstatuten ist von Werksbesitzern nicht anders die Rede, als daß sie Lohn ausbezahlen und ihren Gewinn einzustreichen haben. Nicht einmal Arbeiter an- und ablegen stand ihnen zu. Auch die Festsetzung der Schichtlöhne und Gedinge nicht.

Der Staat leitete die Knappschaftskasse unter Mitwirkung von Arbeitervertretern, den sogenannten Aeltesten. Der Staat von damals schützte die Bergleute gegen die Willkür der Unter- nehmer. Und heute — bildet das Unternehmertum selbst die Macht im Staat. Das besagt alles. —

Das Unternehmertum hat auch die Knappschaftskasse, wie andere wirtschaftliche Einrichtungen, durch seine wirtschaft- liche Macht in seine Hände gezwungen und die Früchte davon haben sich genügend gezeigt. Die Kämpfe der Arbeiter um ihre guten Rechte im Knappschaftswesen waren die natürliche Folge. Konnte es auch anders sein? Von Jahr zu Jahr steigerten sich ihre Forderungen. Neue Rechte bekamen nur die Werksbesitzer. Heute sind sie denn auch die Herren der Situation! Ein drastischer Beweis für ihre Macht ist die Annahme des neuen Statuts. Dieser „Akt der sozialen Gerechtigkeit“ konnte gegen den Willen der überwältigenden Majorität der Knappschafts- mitglieder vor sich gehen! —

Wem? Selbst „Vertreter“ der Arbeiter haben für die Annahme des neuen Statuts gestimmt. War das Motiv zu der Handlungswelt aber nicht der geistige wie der wirtschaft- liche Einfluß der Werksbesitzer? Wer will dieses befehlen? Hätten auch die Aeltesten in ihrer großen Majorität der Oppo- sition angehört, unsere Forderungen wären dennoch an dem Willen der Werksbesitzer gescheitert. Willst, um in ihrer sattem Ruhe sich nicht gestört zu sehen, würde man sich zu kleinen Conzessionen herbeigelassen haben.

Um unsere Forderungen durchgreifend zur Verwirklichung zu bringen, ist es rätlich, den Einfluß des Unternehmertums auf unser Kassenwesen voll und ganz zu brechen. Wer heute schon von durchgreifendem Einfluß der Arbeiterver- tretung für die Durchführung unserer Wünsche spricht, der schlägt der Willkür ins Gesicht. Unsere Arbeitervertretung im Knappschaftswesen ist nur eine Scheinvertretung! Mit dieser Thatsache haben wir, wohl oder übel, zu rechnen. —

Angenommen, die Opposition hätte die Majorität und somit auch Einfluß auf das Kassenwesen, dann würden die Werks- besitzer (wenn sie sich in ihrem Willen gedrängt fühlten) ihre bekannten Hülfsmittel anwenden. Sie würden den Arbeiterver- tretern dann zeigen, daß man nicht ungestraft unter „Pfeifen“ wandelt. Der Kampf nähme einen anderen Charakter an, wie es heute der Fall ist. Die Bergleute haben die „Hülfsmittel“ nach der Aeltestenwahl im Jahre 1892 (in verdingelten Fällen auch bis heute) schon kennen gelernt. Gemisse Aelteste erhielten für ihre Thätigkeit die Abkehr von der Felle.

Wir haben nicht außer Acht zu lassen, daß die Werksver- treter im Knappschaftswesen unsere Arbeitgeber sind. Glaubt man etwa, daß diese Leute es über sich ergehen lassen, sich von ihren Untergebenen in ihrer Macht so ohne Weiteres gefährdet zu sehen? Auch hier kennen wir unser Unternehmertum zu

Bei der nächsten Wahlenwahl nicht mehr Galsmann sondern zwei andere Kameraden die Würde eines Vorkämpfers bekleiden könnten.

Camen. Die hier am 10. Juli stattgefundene Sprengelversammlung war recht gut besucht. Vorkämpfer referierte über die Annahme des neuen Knappschaftsstatuts. Redner entließ sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Versammlung und wurde ihm auch seitens der Versammlung reichlich Beifall gesendet. Zum Punkt 2 der Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen, sprach Kamerad Schwindt-Dahlhausen. Auch diesem Redner wurde reichlich Beifall gesendet. In der Diskussion meldete sich der in dieser Zeitung schon mehrfach erwähnte Bergmann Gylinski, der es auch hier wieder versuchte, die Kameraden vor den Ausführungen der Redner zu retten. Es gelang ihm natürlich das Gegenteil, indem die Kameraden ihren Unwillen über die hier so fattsam bekannte Person recht lebhaft zum Ausdruck brachten. Gylinski verabschiedete denn auch so schnell wie möglich, ehe die nachfolgenden Redner ihn gebührend beleuchteten hatten. Als Kandidaten für die Wahlen wurden die Kameraden Karl Hans und Karl Becker für den west- und sbl. Bezirk und die Kameraden Jul. Herbul und Karl Klein für den nordöstlichen Bezirk vorgeschlagen und von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Nicht eines jeden Kameraden ist nun, für diese Personen recht kräftig einzutreten.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Bonn.

Julbach. Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein Arbeiter von hier ging zu einem zukünftigen Beamten, um sich eine Bescheinigung über seinen Jahresverdienst zu holen, da er, trotzdem er nur etwa 800 Mk. verdient hatte, zu 9 Mk. Einkommensteuer veranlagt wurde. Von dem betr. Beamten wurde ihm der Bescheid gegeben, daß er besser arbeiten sollte, und fragte ihn auch gleichzeitig, wann er bei der Wahl gewählt hätte. Der Arbeiter gab denn auch wahrheitsgemäße Antworten. Der Herr meinte nun, daß für solche Leute Beschäftigungen, wo viel gearbeitet und schlecht verdient wird, gut genug seien. Wir wünschen, daß wir uns im Irrthum befinden, denn wo sollen die Arbeiter hier selbst noch die vielgerühmte „Freimüthigkeit“ der Bergleute achten und ehren lernen, wenn, haben sie dieselbe ausgeübt, nachher fühlen müssen, daß sie doch nur Schaden davon haben.

Aus Sachsen, Thüringen und Bayern.

Hohenmölsen. Am 10. d. M. Abends fand hier eine Bergarbeiter-Versammlung im „Deutschen Kaiser“ statt. Referent war Kamerad Hue-Giffen. Derselbe vorbereitete sich in andernhalbstündiger ausgezeichneter Rede über die Ziele des deutschen Bergarbeiterverbandes. Ueber die Knappschaft, wie sie ist und wie sie sein soll sprach darauf Kamerad Girsch. An die Referate schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher mehrere Kameraden Fälle, welche sie mit ihren Ärzten durchgemacht hatten, zum Besen gaben. Der allerdings nicht große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und bewies die Versammlung durch ihre rege Aufmerksamkeit und Theilnahme, welches Interesse die hiesige Bergarbeiterschaft an öffentlichen Leben nimmt. Mit einem kräftigen Appell an die Kameraden, treu und fest an der Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittich. Sonntag den 9. d. Mts. fand hier im Saale des Herrn Hof eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in welcher Kamerad Hue über „Arbeitszeit und Lohn im deutschen Bergbau“ sprach. Redner beleuchtete in klarer, wirkungsvoller Weise die Lage der Bergleute in den einzelnen Revieren. Er wies zunächst an der Hand statistischer Materials und auf Grund seiner reichen persönlichen Erfahrungen nach, wie gerade da, wo die längsten Arbeitszeiten vorherrschend sind, Oberhiesigen zc., die Bezahlung der Arbeiter am schlechtesten, der Druck der vereinigten Gegner, der frommen Grafen Ballastrem, Thiele-Windler zc. im Verein mit einer übermächtigen Geistlichkeit es verursacht haben, daß das Volk Oberhiesigen heute noch so unendlich rückständig ist. Wie ernst man die Bewegung nimmt, ersah man aus dem Prozesse Schröder und Genossen. Einem einzigen Gendarm Winter glaubte man mehr als 7 Zeugen, braven Bergleuten, wovon 4 noch gänzlich unbestraft. Die Verurtheilung mußte erfolgen, sie war notwendig zur Vernichtung des „alten“ Verbandes! Und darum wanderten Schröder, Meyer zc. auf lange Jahre in's Zuchthaus! (Ein dumpfes Murren der Entrüstung ging da durch die auf's Tiefste von dem Gehörten ergriffene Versammlung. Selbst dem überwachenden Beamten mochte die Situation peinlich sein; er forderte zur Ruhe auf, trotzdem nicht die mindeste Ursache zu einem behördlichen Eingreifen vorlag!) Reicher Beifall am Schluß seiner Rede bewies, wie sehr der Vortragende es verstanden hatte, die Zuhörer zu fesseln. Im zweiten Punkte wies Kamerad Girsch nach, daß die Frage der rückständigen Schicht, welche ja allgemein von der ganzen Arbeiterschaft gefordert würde, besonders im Bergbau und speziell im hiesigen Reviere zu einer brennenden geworden sei, gerade hier zeigt die stetig zunehmende Krankenziffer, bewiesen durch die Ausweise der Knappschaftskasse, ferner durch die Thatfache, daß ein immer kürzer werdender Zeitraum genügt, den Bergmann zum Invaliden, bergfertig zu machen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unumgänglich notwendig sei. Und für den Unternehmer bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit nach Lage der Verhältnisse durchaus keinen besonderen Ausfall an Gewinn. Zu warten, bis auf dem Wege der Gesetzgebung Aenderung geschaffen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht rathsam, die einzige wirksame Waffe auf diesem Gebiete ist die Organisation, nur durch die Vereinigung aller zu einem starken Verbande gelangen wir das den Unternehmern gegenüber so notwendige Gegengewicht. Organisiren wir uns, auf der Basis der Selbsthilfe erlangen wir auch endlich die schätzbare Schicht! Nach einer kurzen Diskussion wurde die so schon belaufene Versammlung geschlossen.

Unterwieschen. Die am Sonntag hier stattgefundene Versammlung war trotz des äußerst ungünstigen Wetters gut besucht. Kamerad Hue-Giffen, welcher als Referent erschienen war, sprach über die „Arbeiterschaft im Kampf mit dem Unternehmertum“. Redner zeigte

an der Hand der Geschichte, daß Preußens Bergleute in der „guten alten Zeit“ vor hundert und mehr Jahren verschiedene weitgehende Privilegien und Vorrechte besaßen. Daß sie bei kurzer, nur 5 Tage die Woche während Arbeitszeit einen auskömmlichen Lohn bekamen, daß sie und ihre Söhne vom Militärdienst befreit und was dergleichen Privilegien mehr waren. Wie sieht es dagegen heute aus? Jeder nur einigermaßen anständig gekleidete Mensch weicht dem schmuckigen, müde und krumm dahinschleichenden armen Bergmann aus! Der früher so hochachtete Stand ist zum besitz- und reichthumslosen Proletar herabgesunken! Das übermächtige Kapital hat sich alle leitenden Kreise, Parlament, Regierung, Alles zu Nuzze gemacht. Es hat durch Syndikate, Trusts usw. es fertig gebracht, die Preisbildung des Produkts in einem für den Unternehmer günstigen Sinne zu beeinflussen, wie z. B. Kalisyndikate. Dabei trafen die Herren förmlich von Patriotismus und Christenthum, mit dem breitesten Behagen werden bei jeder sich irgendwie bietende Gelegenheit alle Aufwendungen aufgezählt, welche „im Interesse der Arbeiter“ gemacht worden sind. Dabei bringt es das Unternehmertum fertig, auch die einfachsten Forderungen der Humanität, so in Bezug auf Waschkäusen zc., unberücksichtigt zu lassen. Der Arbeiter ist in den Händen dieser Leute eine Waare, der Preis seiner Arbeitskraft richtet sich einfach nach Angebot und Nachfrage; will der Bergmann es hier einse besser haben, so muß er geschlossen vorgehen. Das hat man bereits vor einer Reihe von Jahren eingesehen, man hat Arbeiterverbände gegründet, deren Existenzberechtigung ja von Gesetzeswegen auch anerkannt worden ist. Aber wie hat man diese Verbände verfolgt, wie sind die Leiter und Vertreter derselben geschmäht und beschimpft worden! Beschimpft worden von Leuten, welche sich als Stützen von Thron und Altar aufspielen, welche das Eintreten für Religion, Sittlichkeit und Vaterland auf ihre Fahne geschrieben haben! So befinden sich Arbeiter und Unternehmertum jederzeit in einem Kampfe, der sich mehr und mehr auf die Machtfrage spizt. Alles dies kann nicht eher beendet werden, als bis der Arbeiter sich in seiner ganzen großen Masse organisiert hat, bis sie alle gemeinsam ihre gemeinsamen Interessen vertreten! In die Diskussion griffen Kamerad Girsch u. a. ein, welche besondere Vorgänge der letzten Zeit im hiesigen Reviere besprachen. Mit einem kräftigen „Gleichauf!“ auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Menselwitz. Auf der Grube „Agnes“ geriet der Hauer Christ. Pröhl aus Kriebitz unter hereinbrechendes Gebirge. Erst nach schwerer und mühevoller Arbeit gelang es den Rettungsleuten, den Verunglückten noch lebend aus Tageslicht zu fördern. Wie verlaufen ist er seinen Verletzungen erlegen. — Im Samstag, den 8. Juli, sind 2. Bergleute auf der Grube „Fürst Bismarck“ in d. n. Schacht gestürzt. Einer derselben, Hr. Froh, hat schwere Verletzungen erlitten. Auch verunglückte Kamerad Schumann aus Kleinroda. — Wir möchten an dieser Stelle an den Herrn Vergrath Schanz aus Zeiß anfragen, ob er die in dieser Zeitung schon erwähnten Mängel betr. des Jahrschachtes auf Grube „Fürst Bismarck“ inspizirt und zu beseitigen versucht hat.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Breslau.

Aus Oberschlesien. Das „Oberschles. Tageblatt“ schreibt: Im Regierungsbezirk Oppeln bestehen 28 Werkspensionskassen, zu denen die Arbeiter regelmäßig ihre Beiträge entrichten. Diefelben erwerben damit bestimmte Rechte, deren Sicherung leider eine sehr geringe ist, wenn sie die Arbeit auf einem Werke verlassen, um bei einem anderen Stellung zu nehmen. Die Werkverwaltungen haben das allmählich eingesehen und auch schon wiederholt beraten, wie den Arbeitern ihre Rechte gesichert werden sollen. Im November 1896 berief sogar der Regierungspräsident von Oppeln die beteiligten Verwaltungen zu einer Sitzung zusammen, um die für die gesammte Arbeiterschaft wichtige Frage eingehend zu erwägen. Bis jetzt ist trotz aller Erwägungen nichts geschehen, obwohl die fortdauernden berechtigten Klagen der Arbeiter eine Lösung der Frage dringend erheischen. Man konnte die Kassen einfach verschmelzen. Aber die Vermögenslage der einzelnen Kassen und ihre Einrichtungen sind so verschiedenartig, daß man davor zurückgeht. Zumindest wäre diese Lösung der Frage jedenfalls besser als gar keine. Vorläufig hat man sich mit dem Beschluß begnügt, den Kassenverwaltungen der Eigen- und Zinskassen die Errichtung einer sogenannten freiwilligen Vereinigung zu empfehlen, deren Grundgedanke folgender ist: Jeder Arbeiter, der nach mindestens 5-jähriger Beschäftigung auf einem Werke dieses auf eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Weise verläßt und bei einer anderen zur Vereinigung gehörenden Hütte in Arbeit getreten ist, soll beanspruchen können, daß die Beiträge, welche er selbst an die Kasse der verlassenen Hütte gezahlt hat, ohne Zinsen an die neue Kasse überwiesen werden und daß ihm darauf eine entsprechende Anzahl von Beitragsjahren bei der neuen Kasse angerechnet wird. Der Beitritt zu der geplanten Vereinigung soll jeder Kasse freistehen. Dieser gewiß nicht weitgehende Beschluß wurde, wie gesagt, im November 1896 gefaßt. Angeführt wurde er bis heute nicht, obwohl damals schon sich eine Minderheit der Kassen fand, die ihm beipflichtete. Wie notwendig eine Regelung ist beweist der Umstand, daß sich im Jahre 1897 kurz nacheinander bei dem Gewerbeinspektor zu Beuthen drei Arbeiter, von denen zwei über 17 Jahre auf einer Hütte treue Dienste geleistet hatten, darüber beschwerten, daß ihnen die Arbeit gekündigt worden sei, weil sie ihre, der Verwaltung gehörende Wohnung, die sie über 9 Jahre bewohnten, aufgeben wollten, da sie ihnen wegen ihrer zahlreichen Familie im Laufe der Zeit zu klein geworden war. Mit der Kündigung gingen die Arbeiter ihrer 17 Jahre hindurch gezahlten Beiträge einfach verlustig. Ihre Bitten um Ueberweisung einer größeren Wohnung konnte oder wollte man, wie die „Bresl. Ztg.“ berichtet, nicht Gehör geben. Der Gewerbeinspektor erreichte allerdings die Zurücknahme der Kündigung, es wurde ihm aber bedeutet, daß man Gründe nicht anzugeben brauche. Das ist ganz richtig, aber sehr nebenächlich. Rechtlich liegt die Frage aber doch derartig, daß die Verwaltung mit der Kündigung in den Besitz von Geldern kommt, auf die sie doch keinen Anspruch hat. Eine Verwaltung, die Hohenlohe'sche, für das sehr wohl, sie erstatte daher bei Kündigungen die zur Pensionskasse gezahlten Beiträge

zurück. — Jede andere Verwaltung kann wohl dazu von den Gerichten gezwungen werden. Wenn die Statuten eine entgegenstehende Entscheidung haben, ist das einfach unerhört. Der Regierungspräsident ist verpflichtet, der Sache von Amtswegen nachzugehen. — Soweit! „Oberschlesische Tagebl.“, eine bürgerliche Zeitung. Der Artikel ist treffend, was man in Oberschlesien unter „Wohlfahrtsvereinigungen“ für die Arbeiter versteht. Wenn das „Oberschles. Tagebl.“ glaubt, die Arbeitervereine werde endlich beseitigt werden, so irt gewaltig. Wir kennen unsere oberhiesigen Pappenheimer sehr wohl, die Arbeitervereine, daß die Arbeitervereine durch Werkskassen statutarisch festgelegt und geregelt ist, aber das stimmt nicht mit allen sonstigen Zuständen in Oberschlesien so wunderbar überein, daß wir uns garnicht mehr darüber wundern. Schon längst nehm wir solche himmelschreiende Zustände einfach und bezeichnend: „schlechte“. Gerade in diesen Wochen der Massenmassenregelungen in die Arbeitervereine durch die Pensionskassen wieder einmal im Großen betrieben, und dieser Zweig der Wohlfahrtsvereinigungen beansprucht ein erhöhtes Interesse. Summen von 700—800 Mk. gehen einzeln der Opfer der Beamtenyrannei verloren; die Gemagregelten wärfroh, wenn sie das eingezahlte Kapital, einen ganzen Jahresverdienst und mehr, herausbekämen; die Zinsen, die sie selbstverständlich abherausbekommen müßten, würden sie gern in den raffgierigen Händen ihrer Ausbeuter zurücklassen. — Ob die Gewerbeinspektion die schlechten etwas in der Sache thun werden? Und ob sie im bejahlten Falle etwas erreichen werden? Wir rathen bis auf Weiteres auf Gemagregelten und sonstigen Arbeitern, an denen die Verwaltung die oben gekennzeichneten Verlethversuche probiren, sich darüber ihrem zuständigen Gewerbeinspektor zu beschweren. Was die Gerichte zu der statutenmäßigen Arbeitervereine sagen, wird die Zukunft lehren. Einige der Gemagregelten wollen gegen die Verwaltungen gehen.

Zaborze. „Endlich trägt der Palmbaum Früchte“, endlich hat sie es zu einem Gewerbeverein, freilich erst nur zu einem Verein der Bergarbeiter gebracht. Die Gewerbevereinsgründung wird hier von oben her sehr bevotert und bemuttert, aber trotz — oder etwa: gerade deshalb will es nicht vorwärts gehen. Sel die Ankündigung von Vorträgen des durch mancherlei Vorkommnisse aus dem letzten Jahre bekannt gewordenen Amtsvorstehers Meißner in Zaborze wollte nicht zehen. Der neue Bergarbeiter-Gewerbeverein bei dessen Geburt der Gewerbeverein der Maschinenbauer die Gewerbevereine übernommen hatte, besitzt bereits gegen 13 Mitglieder. Die sie heute noch alle beisammen hat, ist uns nicht bekannt. 13 ist hohe Zahl, von dreizehn verliert sich schnell der eine oder ein Schädliches kann übrigens die Gewerbevereinsgründung nicht werke. Oberschlesien ist Harmoniekette unmöglich, für die Erwerbung Klassenbewußtseins sorgen in angestrengter Arbeit das herrische Unternehmertum und Beamtenhum.

Morgenrot. Auf der Paulusgrube hatte sich schon seit langer Zeit ein Unterbeamter E. sehr unangenehm bemerkbar gemacht, er die Arbeiter mit allerlei Schimpfworten regalierte, wie das immer noch in Oberschlesien so vielfach vorkommt. Den Arbeitern es jedoch geglied, diesem Mann sein Handwerk zu legen. Die Tage verlangten sie einmüthig die Entlassung dieses Unterbeamten widrigenfalls sie die Arbeit einstellen müßten. Die Untersuchung Angelegenheit ergab, daß die Beschwerden der Kameraden über begründet waren; er wurde deshalb auch sofort entlassen. In notiren diesen Vorfall, der an sich ja unbedeutend genug ist, als willkommenes Zeichen der Besserung der Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien. — Die Mahregelungen auf der fiskalischen König Luis-Grube gehen unter einem förmlichen Gerichtsverfahren vor. Die der wegen sozialdemokratischer Gesinnung oder Agitation „gefakgann“ Kameraden werden vorgeladen, zu Protokoll vernommen und erhalten dann in der Regel zwei oder drei Tage nach dem he nothpneilichen Verhör die Kündigung. Dieses Verfahren soll von den Mahregelungen den Schein des Rechtes verleißen.

Ober-Hermendorf. Am Sonntag den 10. d. Mts. fand hier im „Deutschen Kaiser“ eine Bergarbeiterversammlung, sich mit den im Laufe dieses Jahres stattfindenden Knappschaftskassenwahlen beschäftigte. Nach längerer Debatte über die Knappschaftskassen, wobei auch das Verhalten der zwei Vorkämpfer des trotz der Einladung nicht einmal der Mühe werth blieb zu erscheinen, getadelt wurde, schritt man zur Auffstellung 1 Kandidaten. Für Ober-Hermendorf wurde Kamerad Dohm der schon seit Jahren für die Organisation thätig ist und auch den Kameraden von Ober-Hermendorf hinreichend bekannt ist, in Vorschlag gebracht, für Gottesberg die bisherigen Vorkämpfer Gumpert und Rosemann. Die Kameraden werden ersucht für diese Kandidaten Mann für Mann einzutreten.

Und nochmals ein Massenunglück.

Gleiwitz. Am Montag den 18. Juli stürzte bei der Fahrt der Velegschaft in dem Gotthardt'schacht der Paulusgrube bei Morgenroth der Förderkorb mit einem Steiger und 23 Bergleuten in die Tiefe. 22 Personen sind getödtet, 2 liegen hoffnungslos darnieder. Das Unglück entstand dadurch, daß ein Seil des Förderkorbes aus dem Seilstock oder einem herausbrach. Die Fängerichtungen haben nicht funktioniert. Wenn die Schuld beizumessen ist, wird die Untersuchung schon ergeben.

Wir kommen darauf noch zurück.

Öffentl. Bergarbeiter-Versammlungen

finden statt:
Sonntag, den 24. Juli:
Aplerbeck.
Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Wirths Siepmann.
Inkard.
Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Brackmüller.
Gors bei Giesels.
Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Wirths Schemann.

Vortmund.
Freitag, den 21. Juli 1898, Nachmittags 5 Uhr, im Saale des Wirths Pähler

Knappschaftsmitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Knappschaftswahl und Aufstellung der Kandidaten. 2. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung werden die Knappschaftsmitglieder des Sprengels Pottsch eingeladen.

Sichlinghofen.
Den 1. Sonntag im August, Nachmittags 4 Uhr, findet unsere

Zahlstellen-Versammlung

statt. Tages-Ordnung:
1. Zahlung der Beiträge.
2. Entgegennahme von Anmeldungen.
3. Vortrag des Kameraden Bergdorff.

Vortmund.
Sonntag, den 21. Juli, Nachm. 3 Uhr,

Besprechung.

beim Wirth Pähler, Wilhelmstraße 24, Sprengel Pottsch.

Menselwitz

Unsere Versammlungen finden jeden 2. Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, im „Eisenhammer“ statt.
Der Vertrauensmann.

Sprochhövel.

Sonntag, 21. Juli, Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Wirths Arizer.

Besprechung

des hiesigen Knappschafts Sprengels.

Folgende Distschaften gehören zu demselben: Sprochhövel, Nieder-Stüter, Buchholz und Dorchholz.
Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Wahlenwahl und Aufstellung von Kandidaten.

Schalke.

Auf Anfrage vieler Mitglieder theile ich mit, d. s. ich freimüthig meinen Posten als Vertrauensmann niedergelegt habe. Ich werde nach wie vor ein eifriges Mitglied des Verbandes bleiben und es würde mir eine große Freude bereiten, wenn sich die zahllose Schale binnen kurzer Zeit 10mal verdoppelte. Dazu beizutragen ist jedes Mitglied verpflichtet.

Louis Viehhegener.

Bekanntmachung.

Das für den 31. Juli ec. beim Wirth Rümmeier-Döhl, angekündigte Bergarbeiterfest findet wegen Erlaubnisverweigerung der Polizeibehörde nicht statt. Schon gekaufte Festkarten werden auf Wunsch zurückgenommen. Alle übrigen Karten wollen die damit betrauten Kameraden baldgefl. abliefern.
Das Comité.

Gelmstedt und Hagegend.

Sonntag, 31. Juli, Nachm. 2¹/₂ Uhr, beim Wirth Wäcker-Warleben:

Öffentliche

Bergarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen der Organisation.
2. Knappschaftliches. 3. Verschiedenes.
Referent: Carl Gadenholz-Etafurt.

Gottesberg.

Erzucht nochmals die Kameraden von Schwarzwaldau und Kourabwaldau sich am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats bei der Knappenversammlung im Gasthof Sommer einzufinden. Es können da die Beiträge empfangen und verschiedene Angelegenheiten der Zahlstelle und sonstige Sachen besprochen werden.
Der Vertrauensmann.

Uuden.

Mobilien-Verkauf.

Dienstag, den 26. Juli, mittags 3 Uhr anfangend, wird im Auftrage des Herrn Emil in dessen Wohnung im Hause Herrn Aug. Braudmann zu G. Goltstraße, dessen sämmtliches Mobilien:

Anrichte, Glas- und Kleiderkasten, Tafelherd mit Kaffee, emaillirte Ofen, Cou robe, 2 Tische, 1 Ausziehtisch, Bettstelle mit Matratze, 6 Stühle, Mantelstöße und 1 Haus- und Küchengeräthe,

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft.
Sämmtliche Sachen sind neu.

Becker, Auction

Bergleute,

die sich in ihrer freien Zeit einen Nebenverdienst verschaffen wollen, gebeten, ihre Adresse unter „Gleiwitz“ in der Redaktion d. Bl. niederzulegen.

Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Postzeitungspreisliste Nro. 1758.

Abonnementspreis für Bergleute 40 Pfg. pro Monat; 1,20 Mk. pro Quartal frei ins Haus.
Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 Mk. pro Quartal 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1,— Mk.

Druck und Verlag von G. Müller-Bochum, Johannerstr. Nro. 22.
Für die Redaktion im Sinne des Preßgesetzes verantwortlich Franz Polorny-Bochum; mit H. gezeichnete Artikel verantwortet Otto Hue-Essen.

Anzeigen kosten die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg.
Bei 6maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt.
12 88 1/2
80 50

Der Streit im Zwickauer Kohlenrevier

Gl. Durch einen geringfügigen Anlaß, den eine Veränderung im Zwickauer Revier gegenüber dem Mat-Gebirge der Förderleute des Tiefbauschachtes vom Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktien-Verein hervorgerufen, entstand plötzlich eine Schwebewegung, die in einigen Tagen mehrere Hundert junge Leute mit forttrieb. Und da die Verhandlungen mit den Beamten wegen Verbehalten des Gebirges vom Monat Mai zu keinem für die Arbeiter befriedigenden Resultate führten, war über Nacht eine Arbeitsunterbrechung da, wie wir sie seit 1889 hier noch nicht wieder gesehen hatten. Nachdem die Förderleute die geringfügige Gebirgsveränderung abgelehnt, verweigerten sie die Einfahrt und erklärten sich sogar eine Schlichterhöhung von 10 pCt., 50 pCt. für Nebenstunden und Sonntagarbeit, und Aufzahlung eines Gebirges zum Schichtlohn, der auf diesem Werte 1,60 bis 2,20 Mk. beträgt, um mindestens 90 Pfg. pro Schicht zu verlangen. Die Werksverwaltung ließ sie ablaufen; da aber am 10. Juni der Streik vom Mat ausgebrochen wurde, hatten die jungen Leute (von denen wohl nur einige dem deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband angehört) die organisationslos dastanden, Rath und Streifen weiter in der Hoffnung, daß das inzwischen als Schlichtergericht angesehene Bergamt doch zu ihren Gunsten vermitteln werde.

Die am 10. Juni zur Besprechung der Angelegenheit einberufene Bergarbeiterversammlung war außerordentlich gut besucht und folgte dem Vortrag und der sich daran anschließenden Debatte mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Häuser des Tiefbauschachtes und des Vertrauensschachtes auf welchen sich der Streik mit ausgebrochen hatte, bekamen nun auch Muth — die streikenden Förderleute fehlten ihnen, es ging mit der Arbeit nicht mehr vorwärts — die Förderung stockte fast ganz. Und so kam es denn, daß schon in dieser ersten Streikversammlung ein Antrag angenommen wurde, nach welchem sich die anwesenden Häuser und Vorkühler mit dem Vorgehen der Förderleute einverstanden erklärten und versprachen, dieselben eventuell ebenfalls durch Stellung von Forderungen und Arbeitsunterbrechung zu unterstützen. Am Montag den 13. Juli wurde in 2 von Bergleuten aller Werke des hiesigen Reviers fünf Besichtigungs-Kommissionen eine Commission von 3 Schächten des „Erzgebirg. Vereins“ gewählt, welche für die unterirdischen so gut wie für die Tagesarbeiter, die oben angegebenen Forderungen bei der Werksverwaltung stellen sollte. Dieser Commission erging es beim Herrn Bergamts Arnold, dem Director des Werks, kein Haar besser, wie den Förderleuten; leere Ausflüchte aber keine positiven Zusagen. Am 15. Juni sich die Häuser und Vorkühler des „Tiefbauschachtes“ von den Commissionsmitgliedern hatten Bericht erstatten lassen, verweigerten sie fast einmüthig die Einfahrt: drüben auf dem „Vertrauensschacht“ fuhr aber der größte Theil noch hoch an, angeblich weil sie von dem Stand der Sache nicht genügend unterrichtet waren. Die Voraussetzung der Werksverwaltung, daß die Hilfslosigkeit und Uneinigkeit der Bergleute die Bewegung doch zum Scheitern bringen könne, schien sich zu erfüllen; denn noch zwei Tage vergingen, ehe auch auf dem 3. und 4. Schacht des Werkes, sich die alten Grubenarbeiter aufriffen und gemeinliche Sache mit den schon Streikenden machten.

Mittlerweile hatten auch auf dem „Prüdenberg-Steinkohlenbauverein-Werk“ die Förderleute von 3 Schächten Muth bekommen, schnell einige Mann gewählt und Forderungen gestellt, die sich mit den oben angegebenen so ziemlich deckten. Mehrere hundert Mann verweigerten schließlich die Einfahrt und zogen im Laufe einiger Tage auch einige Hundert Häuser mit in die Bewegung hinein. Eine am 17. Juni tagende, von ungefähr 1500 Mann besuchte Versammlung wählte nun eine gemeinliche Streik-Kommission, welche die laufenden Geschäfte erledigen und auch für Geld sorgen sollte. Noch am Sonntag darauf ergab sich eine wahre Wölkerveränderung nach dem Verlammlungslocal der Bergleute in Zwickau. Der Geist, welcher die Versammlung beherrschte, war anscheinend ein sehr guter, und die Beschlüsse wegen Fortsetzung des Widerstandes und Aufrechterhaltung der Forderungen bis zur Nachgiebigkeit der Grubeneigentümer wurden einstimmig gefaßt.

Auf andern Tag schlug aber der Wind um; telegraphisch berief man die Mitglieder der bei V-g-n der Bewegung gewählten Lokalkommission auf Nachmittags 5 Uhr vor das Bergschlichtergericht Zwickau, welches „vermitteln“ wollte. Die Arbeiter trugten nicht schlecht, als sie sahen, daß Vertreter der betreffenden Werke überhaupt nicht erschienen waren und der Vorsitzende Bergamtsdirector Dr. Kretschmar den Anwesenden wegen ihres „frevelhaften Beginne“ ordentlich den Text las. Er glaubte genügend unterrichtet zu sein, um ihnen zugleich im Namen des Schlichtergerichts sagen zu können, daß die gegenwärtige Geschäftsfrage der Werke, ebenso wie die Höhe der Löhne, die seit 2 Jahren fortwährend gestiegen seien, eine Nachgiebigkeit der Werke, die sich auf Verhandlungen mit den Arbeitern auch nicht einlassen wollten, als schäblich. Die Streikenden thaten am besten, sich sofort wieder bedingungslos zur Arbeit zu melden. Aufmerksam gemacht auf die mögliche Ausschließung der Führer von der Arbeit, entgegnete der Herr Vorsitzende, daß auch in solchem Falle das Schlichtergericht höchstens ein „gut Wort“ für die Bedrohten einlegen, aber Beschlüsse darüber nicht fassen könne.

Ziemlich niedergeschlagen verließen die Arbeiter das Schlichtergericht. Da am anderen Tage wieder zwei Versammlungen stattfanden, bot sich für die Streik-Kommission Gelegenheit, Bericht zu erstatten und nach Schilderung der Sachlage die Entscheidung herbeizuführen.

Die Aussichten für die Streikenden waren keineswegs rosig, schon am Abend zuvor war der Termin abgelaufen, welchen die Werksverwaltung den Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt hatten; wer sich bis diesen Abend nicht wieder zur Arbeit meldete, sollte als freiwillig abgegangen betrachtet und entlassen werden, büßte also möglicherweise seine Kassengehälter, was besonders für die älteren Leute keine Kleinigkeit ist.

Dann war zur Unterstützung der Streikenden kein Pfennig Geld da, die große Masse derselben gehörten überhaupt keiner Organisation an und durften also auch auf bedeutende Unterstützung von auswärts nicht hoffen. Die Grubenbesitzer machten sich auf längeren Widerstand gefaßt und waren vermüde der in ihren Händen angehäuften Kaputtalton wohl im Stande, große Opfer zu bringen, bevor sie nachgaben.

Es blieb den Anständigen also fast weiter nichts übrig, als die Waffen zu strecken und obgleich sie beschlossen auch nach Aufnahme der Arbeit in weiteren Unterhandlungen mit den Werksverwaltungen noch etwas zu erreichen zu suchen, so wurden sie davon vorläufig doch abgeschreckt, weil man für ihre Wortführer sofort die Abgangskasse ausgestellt hatte. Wegen die 70 der intelligentesten Leute, von denen einige 30 und mehr Jahre der Bergarbeit obgelegen und sich Ver- und Knochengeldern zugezogen, ohne rentenberechtigt zu sein, flogen aus Pfaster, unter ihnen Knappschäftsälteste, Arbeiterauschubsmittglieder uvm. Wenigstens ist man so anständig gewesen, diesen die Kassengehälter nicht vorzuenthalten und die Arbeitssperre, welche man über sie verhängt, konnte nicht einmal auf alle Gruben ausgedehnt werden, 4 Mann wurden von einem benachbarten Grubendirector wieder eingestellt.

Bedeutende Opfer hat also der Streik nicht gekostet, und aber einen hübschen Zuwachs von Verbandsmitgliedern und Abonnenten des „Glückauf“ gebracht. Ein Beweis, daß die Streikenden aus dieser Bewegung wenigstens eine Nutzenwendung gezogen, die für die Zukunft nicht verloren sein wird. Die Arbeiter sehen immer mehr ein, daß zu einem Kampf gegen die Unternehmer eine starke Organisation und ein muthiges Handeln unerlässlich ist. Die pragenhafte Haltung der Grubenbesitzer wird bald gebrochen werden, wenn die Vorbedingungen zu einem erfolgreichen Widerstand von den Bergleuten erfüllt sind.

Streiklichter auf das Knappschäftswesen.

III.

Als die Annahme des neuen Knappschäftsstatuts in der Generalversammlung vom 14. Mai erfolgt war, scheuten sich einige Unternehmerorgane nicht, die Annahme des Statuts als einen Akt der sozialen Gerechtigkeit hinzustellen. Daß die eifrigen Bekämpfer des Statuts noch einige Geselkritte für ihren Herdinhalt erhielten, sei nebenbei bemerkt. Unsere Werksvertreter und hiermit zugleich das ganze Unternehmertum hatten auch alle Ursache, in Jubel auszubrechen, waren doch die großen Anstrengungen der sog. Helfer, wie die Aeltesten, welche das Statut bekämpft hatten, genannt wurden, mit einem Schlage zu Wasser geworden. Jahrzehnte mühselige Arbeit waren also nicht im Stande gewesen, auch nur ein für uns in etwa befriedigendes Resultat hervorzubringen. Woran lag das? Die Antwort ist für den nächstern Beobachter nicht schwer zu finden.

Bei allen Kämpfen, in denen die Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum, besonders in den letzten Jahren, verwickelt war, hat es sich seitens der Unternehmer weniger darum gehandelt, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter auf ihre Berechtigung zu prüfen, als um die Machtfrage.

Das Unternehmertum weiß — das haben die letzten großen Streiks, wie u. A. der Hamburger Hafenarbeiter- und der Biesberger Ausstand, bewiesen — daß sie den Wünschen der Arbeiter wohl entgegen kommen können, auch ohne daß die Industrie dabei zu Grunde geht, wenn sie nur wollen. Man thut es nicht, nur um zu zeigen, daß der Arbeiter überhaupt nichts zu fordern hat. Wo sollte es auch hinaus, wenn die Herren im Hause nur für die Arbeiterwünsche am Plage sein sollten? Die Arbeiter müssen eben fühlen und lernen, daß sie vor dem, den die Natur zum wirtschaftlich Schützen „auserwählt“, zu streuen kriechen müssen. Der Arbeiter hat nichts zu verlangen, sondern abzuwarten, bis von dem Tische des Unternehmertums die Brosamen für ihn hingeworfen werden. Und wehe ihnen, wenn sie ihre Forderungen erkämpfen wollen. — Sie werden besiegt und die Fessel wird um so straffer angezogen! Daß es so ist, brauchen wir unseren Kameraden nicht lange ausstranderzulegen. Die Vergangenheit war bis heute nach dieser Seite hin die beste Lehrmeisterin.

Die Machtfrage bildet auch den Kern in den Kämpfen zwischen den Bergleuten und Unternehmern in unserer Knappschäftsreformbewegung. Was sollte unseren Werksbesitzern auch sonst abhalten, den von den Bergarbeitern seit Jahren aufgestellten Forderungen entgegen zu kommen? Die Phrase von der Undurchführbarkeit ist hier sicher nicht stichhaltig, da die Vertreter der Arbeiter ihre Forderungen, soweit dadurch der Knappschäftsreform Kosten verursacht werden sollten, jeder Zeit eine rechtmäßige Grundlage gegeben haben. Der Durchführbarkeit der Anträge der Aeltesten Meis und Gen., betr. Aenderung der Pensionshöhe, Krankengeldes u., stand nichts anderes im Wege als der Wille der Werksbesitzer. Die Forderung wurde einfach unter dem Tische geworfen.

Wie kommt es nun, daß die Werksbesitzer durch ihre Vertreter derartig mit den Wünschen der Arbeiter umgehen können? Einfach: Die Unternehmer üben ihre Macht aus und Men und ist heute im Stande, diese Macht zu brechen. Die Gesetzgebung erkennt in der Knappschäftsreform gerade so für vollständig an, wie die Knappschäftsmitglieder selbst. Noch weiter: Die Herren Werksbesitzer betrachten sich selbst als eben so gute Knappschäftsmitglieder, wie die Arbeiter, weil auch sie zur Kasse ihren Obolus entrichten.

Der Begriff „Knappschäftsmitglied“ ist recht behnbar, ebenso behnbar wie der Begriff „Bergmann“. — Wir kennen ja diese Leute, die sich bei solennen Festen zum so und sovielten Male als „Bergmann“ den Knappen vorstellen. Es sind bei diesen Gelegenheiten unsere Lieben wohlbeleibten „Mitlameraden“, deren Arbeit es ist, den Mehrerwerth der Grubenarbeit in ihre Taschen hineinzubringen, während sie ihre „Kameraden“, die Bergleute, mit nur soviel abspessen, daß diese schließlich kaum

wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Am besten können wir unsere „Knappen“ in ihrem Element kennen lernen, wenn die Bergleute mit Forderungen an sie herantreten. —

Nun, sie mögen sich als Knappen oder als Knappschäftsmitglieder bezeichnen. Eins steht aber fest, daß jeder vernünftig denkende Bergmann weiß, was er von diesen Leuten zu erwarten hat, trotzdem ihnen nach dem Prinzip der Knappschäfts-kasse solcher Einfluß auf diese nicht aufsteht! Aber das preußische Berggesetz u. a. räumt den Werksbesitzern trotz ihrer geringeren Beiträge die gleichen Rechte wie den Bergleuten ein. —

Das Unternehmertum hat es denn auch verstanden, dieses Recht zu seinen Gunsten auszubenten. Waren nach dem Knappschäftsstatut vom Jahre 1873 die Beiträge der Werksbesitzer 100 pCt., so verminderten sich dieselben vom 1. Januar 1892 ab auf 80 pCt. und vom 1. Januar 1894 ab gar auf 75 pCt. Das Berggesetz aber geht herunter bis auf nur 50 pCt. —

Auch in dem kleinsten Detail des Verwaltungsapparates unserer Klasse werden wir finden, daß die Werksvertreter gegenüber den Arbeitervertretern im Vortheil sind. Wir werden später darauf noch besonders zurückkommen und zeigen, welches herrliche Institut unsere Knappschäftsstelle und wie das Stimmrecht in ungerechter Weise vertheilt ist.

Wenn die Werksbesitzer nicht auf die vom Gesetz beschrankte Beitragleistung von 50 pCt. herantreten, so liegt es sicher nicht an der Menschenfreundlichkeit dieser Herren, sondern an Lugheitsrücksichten! Herr Dr. Weidmann zeigt uns den Weg, den die Werksvertreter zu gehen haben. Vor einigen Monaten letzte dieser Herr im Verein zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen“ dar, daß es bald an der Zeit sei, die Beiträge (d. h. nur die der Werksbesitzer) zu revidiren. Also die Hälfte Beitrag und vermittelt ihres gleichen Stimmrechts die Herrschaft über ein Kassenwesen, welches allein für die Arbeiter in's Leben gerufen worden ist! Auch das geringste Stimmrecht würde diese Herren zu Herrschern im Knappschäfts-wesen machen. Vermittelt ihr geglätteten Rechte und ihrer Macht setzten sich die Werksvertreter als Restherrschaft im Knappschäftswesen fest. —

Kann man es nun den Bergleuten verdenken, wenn sie die Meinung hegen, daß die Werksbesitzer vom Standpunkt des gesetzlichen Rechts mit den Forderungen der Knappschäftsmitglieder umgehen, wie es ihnen allein beliebt? — Auf Grund ihrer Beiträge haben sie das Recht nicht! Ein historisches Recht etwa, womit sie ihre Handlungen begründen könnten, gibt es kein anderes, als daß die Werksvertreter es verstanden haben, durch ihre wirtschaftspolitische Macht in das Knappschäftswesen einzudringen.

Es hat eine Zeit gegeben (bis zur 2. Hälfte dieses Jahrhunderts), wo die Herren Werksbesitzer überhaupt nichts zu sagen hatten. In den alten Knappschäftsstatuten ist von Werksbesitzern nicht anders die Rede, als daß sie Lohn auszahlen und ihren Gewinn einzustreichen haben. Nicht einmal Arbeiter an- und ablegen stand ihnen zu. Auch die Festsetzung der Schichtlöhne und Gebirge nicht.

Der Staat leitete die Knappschäfts-kasse unter Mitwirkung von Arbeitervertretern, den sogenannten Aeltesten. Der Staat von damals schützte die Bergleute gegen die Willkür der Unternehmer. Und heute — bildet das Unternehmertum selbst die Macht im Staat. Das besagt alles. —

Das Unternehmertum hat auch die Knappschäfts-kasse, wie andere wirtschaftliche Einrichtungen, durch seine wirtschaftliche Macht in seine Hände gezwungen und die Früchte davon haben sich genügend geteilt. Die Kämpfe der Arbeiter um ihre guten Rechte im Knappschäftswesen waren die natürliche Folge. Konnte es auch anders sein? Von Jahr zu Jahr steigerten sich ihre Forderungen. Neue Rechte bekamen nur die Werksbesitzer. Heute sind sie denn auch die Herren der Situation! Ein drastischer Beweis für ihre Macht ist die Annahme des neuen Statuts. Dieser „Akt der sozialen Gerechtigkeit“ konnte gegen den Willen der überwältigenden Majorität der Knappschäftsmitglieder vor sich gehen! —

Gewiß! Selbst „Vertreter“ der Arbeiter haben für die Annahme des neuen Statuts gestimmt. War das Motiv zu der Handlungswelt aber nicht der geistige wie der wirtschaftliche Einfluß der Werksbesitzer? Wer will dieses bestritten? Hätten auch die Aeltesten in ihrer großen Majorität der Opposition angehört, unsere Forderungen wären dennoch an dem Willen der Werksbesitzer gescheitert. Willst du, um in ihrer fatten Ruhe sich nicht geführt zu sehen, würde man sich zu kleinen Conzessionen herbeigelassen haben.

Um unsere Forderungen durchgreifend zur Verwirklichung zu bringen, ist es rüthig, den Einfluß des Unternehmertums auf unser Kassenwesen voll und ganz zu brechen. Wer heute schon von durchgreifendem Einfluß der Arbeitervertretung für die Durchführung unserer Wünsche spricht, der schlägt der Wirklichkeit ins Gesicht. Unsere Arbeitervertretung im Knappschäftsverein ist nur eine Scheinvertretung! Mit dieser Thatsache haben wir, wohl oder übel, zu rechnen. —

Angenommen, die Opposition hätte die Majorität und somit auch Einfluß auf das Kassenwesen, dann würden die Werksbesitzer (wenn sie sich in ihrem Willen gedrückt fühlten) ihre bekannten Hülfsmittel anwenden. Sie würden den Arbeitervertretern dann zeigen, daß man nicht ungestraft unter „P. Amen“ wandelt. Der Kampf nähme einen anderen Charakter an, wie es heute der Fall ist. Die Bergleute haben die „Hülfsmittel“ nach der Neuwahl im Jahre 1893 (in vereinzelt Fällen auch bis heute) schon kennen gelernt. Gewisse Aelteste erhielten für ihre Thätigkeit die Abkehr von der Felle.

Wir haben nicht außer Acht zu lassen, daß die Werksvertreter im Knappschäftsverein unsere Arbeitgeber sind. Glaubt man etwa, daß diese Leute es über sich ergehen lassen, sich von ihren Untergebenen in ihrer Macht so ohne Weiteres gefährdet zu sehen? Auch hier kennen wir unser Unternehmertum zu

gut. Sie würden den Vergleuten zeigen, „wer Herr im Hause“ ist.
Tropfen dürfen sich die Arbeiter nicht abhalten lassen, energisch für ihre Forderungen einzutreten; um so mehr, als uns dieser mächtige Gegner, das Unternehmertum, unseren Rechten entgegensteht. Seine Macht muß gebrochen werden! Es darf dieses Ziel bei allen nach Rechten ringenden Mitglidern und Vertretern nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch in den kleinsten Klänkelgegenden in der Knappschaffsbewegung nicht. Deshalb, Kameraden, sorgt, daß wir alle verbürgte Rechte zurückerobern und neue Rechte dazu gewinnen.
„Die volle Selbstverwaltung der Masse durch die Arbeiter“ ist unsere Aufgabe.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1897 sind erschienen. Sie enthalten auch die Antworten auf drei Fragen, die anlässlich eines Reichstagsbeschlusses den Inspektoren vom Reichskanzler vorgelegt worden waren, betreffend die Einführung eines sanitären (gesundheitlichen) Maximalarbeitstages.
Die Fragen des Reichskanzlers lauteten: „1. In welchen Gewerben sind Wahrnehmungen gemacht worden, die den Erlaß weiterer Vorschriften auf Grund des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung — Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages — erwünscht erscheinen lassen? 2. Worin bestehen diese Wahrnehmungen? 3. In welcher Zeit wären Arbeitszeit und Pausen in den betreffenden Gewerben zu regeln?“

Zur ganzen haben 15 Inspektoren in Verantwortung vorstehender Fragen nur für 61 Gewerbe einen sanitären Maximalarbeitsstag vorgeschlagen. Und zwar wird ein zehnstündiger Arbeitstag, ausschließlich Arbeitspausen von zwei Stunden, für 18 Gewerbe, darunter für Cigarrenfabriken, vorgeschlagen; für weitere 17 Gewerbe ein zehnstündiger oder zwölfstündiger Arbeitstag einschließlich 1/2 Stunde Arbeitspause und zwölfstündiger Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten für weitere 15 Gewerbe; ein zehnstündiger Arbeitstag für acht Gewerbe; ein zwölfstündiger Arbeitstag mit zwölf Stunden Ruhezeit für Gummi- und Lederfabriken, die mit Schwefelkohlenstoff arbeiten usw. Wie man sieht, halten sich die Vorschläge in nur zu bescheidenen Grenzen, trotzdem ist die Unternehmerpresse angebracht darüber, denn sie empfindet, daß durch eine genauere Unterjochung der Arbeitsverhältnisse die ganze Brutalität der Ausbeutung und Gesundheitsgefährdung der Arbeiter aufgedeckt würde. Um nun den Unmut der Unternehmer zu dämpfen, tröstet sie die Rationalisten der Correspondenz, es handle sich ja nur um Gutachten einzelner Beamten, deren Ansichten weit auseinandergehen, und nur um wertvolles Material, das zu den Akten genommen werde, nicht um Vorschläge, die der sozialdemokratischen Agitation auf Einführung einer Normalarbeitszeit irgendwie entgegenkommen.

So ist es um die Arbeiterfreundlichkeit der „Saurelpolitiker“ bestellt. Aber gewiß — die Arbeitervertreter werden im Reichstag auch dieses „wertvolle Material“ zu verwenden wissen. Die Unterbreitung notwendiger Arbeitergesetze wird in die richtige Beleuchtung gerückt werden. Inzwischen müssen die Gewerkschaften das ihrige thun, um aus den Berichten der Fabrikinspektoren die beste Nutzenanwendung zu ziehen. Auf Entgegenkommen der herrschenden Klassen in Bezug auf Einführung eines Normalarbeitstages ist nicht zu rechnen, wenn nicht die Arbeiter immer nachdrücklicher fordern; eventuell müssen sie im Wege der Selbsthilfe den Unternehmern — wenn auch nur nach und nach — abzutringen suchen, wozu sich Gesetzgebung und Regierung nicht verstehen wollen.

Auf die Fabrikinspektoren werden die Herren Ausbeuter nun freilich noch mehr schimpfen, als jeust. Es sollte uns wundern, wenn die profitwüthigsten Unternehmer nicht die grundlose Behauptung aufstellen würden, die betreffenden Gewerbe-Aufsichtsbeamten seien vom sozialistischen Gift angezefen.

Kohlenoxyd-Vergiftungen. Die Zahl der Unglücksfälle, die durch Vergiftung mit Kohlenoxyd verursacht werden, ist bedeutender, als gewöhnlich angenommen wird. Während die Unfälle durch zu frühzeitiges Schließen der Ofenklappen in der letzten Zeit abgenommen haben, weil infolge baupolizeilichen Verbotes diese Vorrichtungen an Ofen seltener geworden sind, haben die gewöhnlichen Vergiftungen durch Kohlenoxyd zugenommen. Von den 273 Personen die im Jahre 1895 in Preußen infolge von Einathmung giftiger Gase (im Wesentlichen durch Kohlenoxyd) gestorben sind, kamen nur 16 durch Selbstmord um, während 257 durch Vergiftung starben. Die Zahl der in öffentlichen Heilanstalten in Preußen wegen Vergiftung durch Kohlenoxyd behandelten Personen betrug in den drei Jahren 1889—91 zusammen 199 (131 männliche und 68 weibliche); die Zahl der dieserhalb im Jahre 1895 Behandelten betrug 92 (56 männliche und 36 weibliche). Von diesen 92 starben infolge der Vergiftung 25. 8 von ihnen waren Bergarbeiter, die bei „Grubenbrandweilern“ verunglückten; 2 männliche und 2 weibliche Hüttenarbeiter erkrankten beim Hüttenbetriebe von Hochofengasen, 4 Arbeiter infolge des Aufstellens von Koksforben auf Neubauten, 1 Feiger bei der Bedienung einer Dampfmaschine, 1 Ziegeleiarbeiter infolge

Schlafens auf dem Dfen. Diese Unfälle würden gewiß ebenso abnehmen, wie die durch Schluß der Ofenklappen verursachten, wenn beim Bergbau, in Hüttenwerken, Schmelzereien, auf Bauten usw. zur Verhütung der Kohlenoxyd-Vergiftung strengere Bestimmungen erlassen und ihre Durchführung besser kontrolliert würde.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Kalkmarkt hat auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres keine sehr günstige Lage weiter bewahrt, was u. A. daraus hervorgeht, daß die Gewerkschaft Wilhelmshall in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres einen Mehrgewinn von über 100 000 Mk. erzielt hat. — So zu lesen in der „Industrie“, bezugnehmend auf Kohlen- und Kalkbergbau. Wir fragen: Sind dementsprechend auch die Löhne der Kalkarbeiter gestiegen?

Bergbau-Aktien-Gesellschaft Massen. In Gemäßheit der den Aktionären in der diesjährigen Generalversammlung vom 12. März seitens des Aufsichtsraths gemachten Zusage wird mitgeteilt, daß der Betriebsüberschuß der Gesellschaft in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres insgesammt 378 464 Mk. gegen 154 767 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen hat.

Harbener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Die Gesellschaft hat im Juni 1898 (in 24 Arbeitstagen) einen Ueberschuß von 618 600 Mk. erzielt. Zum Vergleich mit den vorgangenen Jahren geben wir nachfolgende Zahlen, wobei wir bemerken, daß die Zahlen vom November 1895 ab die Ueberschüsse der Bede Hugo mit umfassen:

1897/98	1896/97	1895/96	1894/95
7 787 253 Mk.	6 928 000 Mk.	5 013 400 Mk.	3 632 000 Mk.

Das Mehr der Ueberschüsse im Jahre 1897/98 steht sich demnach gegen das Vorjahr um 859 235 Mk. und 415 525 Mk. höher als im Jahre 1894/95. Und bei solcher Steigerung der Ueberschüsse sollte es nicht möglich sein, eine Verteilung der Gewinne vorzunehmen auch ohne Erhöhung der Dividenden. Wie die Fronte!

Köln. Der „Köln. Btg.“ zufolge betrug der Kohlenverkauf der Mitglieder des Kohleninstituts im Juni 1898 513 122 t gegen 507 540 t im Juni 1897 und 502 641 t im Juni 1896.

Kohlenbergbau-Statistik im Oberbergamtsbezirk Clausthal. Im zweiten Vierteljahr 1898 wurden auf 7 Steinkohlengruben und 29 Braunkohlengruben 5999 Arbeiter beschäftigt, welche eine Förderung von 177 219 t Steinkohlen und 100 279 t Braunkohlen erzielten; der Durchschnittspreis für die Sonne Steinkohlen stieg sich auf 8 73 Mark, für Braunkohlen auf 3,36 Mark, die verkauften Steinkohlen repräsentieren einen Gesamtwert von 1 494 977 Mark, die Braunkohlen einen solchen von 289 694 Mark.

15 Prozent Dividende zahlt das Eisenwerk in Kalkreuth den armen Aktionären für ihre Mühe. Die Aktionäre erhalten für ihre schwere Arbeit 2,50 Mark Tagelohn.

Kohlenbahn in China. Das chinesische Ministerium erteilt die Genehmigung zum Bau einer 15 Meilen langen Eisenbahn nach den Kohlenfeldern im Westen von Peking und bewilligt hierzu 2 500 000 Taels.

Montanindustrie in der Türkei. Kürzlich hat sich in Rhodus unter der Firma N. Dino und Wasse eine den Titel „Entreprise Miniere Ottomane“ führende Bergwerksgesellschaft konstituiert, welche seitens der ottomanischen Regierung die Konzession zum Bergbau von Mangan, Chrom und Kupfer erlangt. Diese Gesellschaft, deren Sitz zugleich Konstantinopel und Rhodus ist, soll demnächst ihre Operationen, d. i. Gewinnung und Ausfuhr der Erze beginnen.

Ein lohnendes Geschäft für die Unternehmer ist der Kupfererzbergbau in Michigan (Vereinigte Staaten). Die dortige Calumet-Hells-Mine, deren Aktienkapital nur 2 1/2 Millionen Dollars beträgt, hat bisher ihren Aktionären 52,85 Millionen Dollars an Dividenden abgeworfen.

Die größte Zinnhütte der Welt befindet sich, nach einer Mitteilung des „Vorau“ in Sulo Brant, einer Insel im Hafen von Singapur. Es werden monatlich 1200 t Zinn erzeugt, mehr als in ganz Cornwall und mehr als die Hälfte des in Australien erzeugten. Die Erze kommen aus Selangor und Perak, zwei kleinen Malayenstaaten auf der Halbinsel Malacca.

Internationale Arbeiterbewegung.

Kohlenarbeiterstreik in Süd-Wales. Die Arbeitgebervereinigungen hat sich gemeldet, von der Regierung ernannt Vermittler anzuerkennen. Der Regierung stehen nach der Conciliation Act drei Wege offen, jedoch ist bei zweien davon die Mitwirkung einer der streikenden Parteien unumgänglich. Wenn sie allein vorgeht, so kann sie nur eine Unterjochung anstellen und einen Bericht erstatten. Wenn eine der Parteien um Eingreifen ersucht, so kann die Regierung einen amtlichen Vermittler ernennen, dem nach seiner geschilderten Stellung weitgehende Befugnisse zur Unterjochung eines Ausgleichs zugeteilt sind, aber keine Zwangsmaßnahmen hat keine Buße auferlegen kann. Wenn beide Parteien die Hilfe der Regierung anrufen, so kann ein Schlichter ernannt werden. In den walesischen Streitigkeiten war der zweite Fall gegeben: Die Arbeiter suchten die Hilfe der Regierung, aber man hoffte allgemein, daß Arbeitgeber der Aufforderung des amtlichen Vermittlers, an Conciliation mitzuwirken, nachkommen würden, und daß die Maßnahmen der Regierung den Weg zu einer Einigung ebener würden. Nach seiner Ernennung verhandelte Sir Edward Fry sofort mit dem vorläufigen Ausschuß der Arbeiter und da ihm augenscheinlich dessen Vorschläge genügt, er suchte er um eine Unterjochung mit der Arbeitgebern vor. Diese ist ihm höflich aber entschieden verweigert worden. Nach dem Verfehlen der Vermittler an den Sekretär des vorläufigen Ausschusses der Arbeiter geschickt hat, haben die berechtigten Grubenbesitzer es abgelehnt, die Intervention eines amtlichen Vermittlers oder irgend einer anderen von der Regierung oder von anderer Seite genannten Person zuzulassen. Sie wiederholten ihre Verweigerung, mit den bevollmächtigten Vertretern der Arbeiterverhandeln, aber eine solche Zusammenkunft müßte ohne die Gegenwart eines Vermittlers stattfinden. Es ist indessen in Grund zu der Annahme vorhanden, daß die offene Unterjochung nicht die Chancen einer Einigung beeinträchtigt. Nach dem amtlichen Vermittler den Arbeitgebern gegeben — das Festhalten an der sliding scale, wie es heißt, Inbegriffen und das Vertrauen, welches er bei ihnen gewonnen hat, ist schon Früchte. Die Vergleute haben der Arbeitgebervereinigungen einen Brief geschickt, der zwar noch nicht veröffentlicht ist, aber die Basis einer möglichen Einigung enthalten soll, und den 16. Juli ist eine Zusammenkunft zwischen den Arbeitgebern und dem vorläufigen Ausschuß der Vergleute festgesetzt worden. Das Abkommen zwischen den Arbeitgebern und der Föderation der Vergleute in den südlichen Distrikten wird wahrscheinlich auch für Süd-Wales angenommen werden und das Prinzip der Lohnbestimmungen für einen bestimmten Zeitraum dort Anerkennung finden. Andererseits wird vermutet, daß die Arbeitgeber mit Rücksicht auf ein Maximum für dieselbe Zeit festsetzen werden; dies ist unmöglich, wenn die sliding scale beibehalten wird. Für den Augenblick ist es immerhin ein Fortschritt, daß in einer langen und schwierigen Zwischenzeit die Verhandlungen wieder in Gang gekommen sind und eine Einigung in absehbarer Zeit zu erwarten steht.

An die Vertrauensleute und Kameraden

Zum 1. August erscheint in unserm Verlage die angekündigte Broschüre: **Protokoll über die Verhandlungen des 1. deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Congresses zu Dortmund.** Diese umfaßt 48 Seiten in Petitdruck. Wegen des reichhaltigen Materials über die Organisations- und einzelnen Berufsfragen der Bergarbeiter ist es ein wichtiges Handbuch für Kameraden. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß Vortrag Henters über das „Knappschaffswesen“ wirklich Protokoll enthalten ist und kommen hiermit einem schon lang gefühlten Bedürfnisse entgegen, endlich einmal einen Uebersicht über das gesammte deutsche Knappschaffswesen zu erhalten.

Der Preis beträgt für Mitglieder 10 Pfg., für Nichtmitglieder 30 Pfg.

Wir bitten, sofort die Bestellungen an unsere Geschäftsstelle Johannisstraße 22, ergeben zu lassen.

Der Vorstand
des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes.
S. A. G. Müller.

Die Leistungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaften in Deutschland.

Von A. v. Elm.

Einen Fingerzeig zur Beurteilung des Umfanges, daß die Ausgaben der Gewerkschaften (Hilfs-Dunker) für direkte Unterjochungen der Mitglieder die Kostenbestände nicht größer sind, als die der vereinigten sogenannten sozialistischen Gewerkschaften, bietet die Jahresabrechnung des Gewerkschafts der Lederarbeiter. Zum Vergleich sei die der Gewerkschaft der Lederarbeiter herangezogen. Beide Vereine hatten 1896 annähernd dieselbe Mitgliederzahl — der Gewerkschaft 1820, die Gewerkschaft 4084 —, wobei jedoch der Umstand in Betracht kommt, daß im Gewerkschaft auch die Schuhmacher mit eingerechnet sind, während bei den Gewerkschaften dieselben eine besondere Organisation bilden, die 1896 11 926 Mitglieder zählte.

Die Einnahmen betragen beim Gewerkschaft der Lederarbeiter 1896 24 235,04 Mark, die Ausgaben 25 302,07 Mark; bei der Gewerkschaft Einnahmen 44 469,13 Mark, Ausgaben 49 693,52 Mark.

In direkten Unterjochungen verausgabte der Gewerkschaft für Rechtschutz 509,57 Mark, Reiseunterstützung 889,32 Mark, Umzugsgeld 903,25 Mark, Arbeitslojenunterstützung 4629,50 Mark, für Wohlfahrtsarbeiten 640 Mark, das sind zusammen 7571,64 Mark; die Gewerkschaft verausgabte für Rechtschutz 212 30 Mark, Reiseunterstützung 19 019,45 Mark, Umzugsgeld 3344,55 Mark, Arbeitslojenunterstützung 3302 Mark, Strahunterstützung 10 622,57 Mark, zusammen 37 000,87 Mark.

In Ausgaben für Agitation und Verwaltung wurden gemacht: im Gewerkschaft: Agitation 835,55 Mark, Inzerate und Druckkosten 661,65 Mark, Hauptverband- und Ortsverbandbeiträge 1636,10 Mark, Verleumdung- und Verwaltungskosten der Ortsvereine 3163,40 Mark, der Hauptkasse 3308,22 Mark, sonstige Ausgaben 473,11 Mark, zusammen 10 078,03 Mark.

Für der Gewerkschaft: Agitation 338,15 Mark, Beitrag an die Generalkommission 575 Mark, Gehälter 1650 Mark, Verwaltungsmaterial 2504,60 Mark, Zehntelverwaltung 1884,40 Mark, zusammen 7253,21 Mark.

Sonstige Ausgaben: im Gewerkschaft: für Bildungszwecke 599,47 Mark, Generalversammlung 1417,20 Mark, Verbandsorgan „Lederarbeiter“ 4191,23 Mark, „Gewerkschaft“ 952 Mark, Beitragsabrechnung an Arbeitsloje 492,50 Mark, zusammen 7652,40 Mark; in

der Gewerkschaft: Generalversammlung 1924,25 Mark, Verbandsorgan 3520,19 Mark, zusammen 5444,44 Mark.

Es ergibt sich somit folgendes Verhältnis zur Gesamtausgabe:

	Gewerkschaften:		Gewerkschaft:		
	Mk.	%	pr. Mitgl. Mk.	pr. Mitgl. %	
Unterstützungen	7 571,64	30	1,57	37 000,87 = 74	9,06
Agitation u. Verwaltung	10 078,03	40	2,03	7 252,19 = 15	1,78
Verbandsorgan	5 143,23	20	1,07	3 520,19 = 7	0,86
Generalversammlung	1 417,20	6	1,29	1 924,25 = 4	0,47
Bildungszwecke*)	599,47	2	0,23	—	—
Arbeitslojenbeiträge	1 091,97	4	0,23	—	—
Summa	25 302,07		5,25	49 698,22	12,17

Im Jahre 1896 waren die Ausgaben für Unterjochungen im Gewerkschaft der Lederarbeiter nun nicht etwa ausnahmsweise niedrig — im Gegenheil, von 1867 bis 1889 verausgabte derselbe an Reise- und Arbeitslojenunterstützung zusammen 10 499 Mark, 1890 3173 Mark, 1891 4342 Mark, 1892 2858 Mark, 1893 3329 Mark, 1894 3876 Mark, 1895 3849 Mark; für Rechtschutz wurden verausgabte 1869 bis 1889 zusammen 3229 Mark, 1890 bis 1895 inkl. durchschnittlich 338 Mark pro Jahr.

Auch das Jahr 1897 ergab für den Gewerkschaft kein wesentlich anderes Resultat, als 1896.

Gesamteinnahme 28 871,36 Mark, [darunter Sammlung 28 871,36 Mark], Gesamtausgabe 25 610,76 Mark, davon für Unterjochungen 8869,16 Mark, das sind 35 Proz.; für Agitation und Verwaltung 10 078,03 Mark, das sind 40 Proz.;

*) Bezüglich der Ausgaben für Bildungszwecke sei bemerkt, daß viele Zahlstellen der Gewerkschaften Bibliotheken besitzen, ohne daß die Ausgaben dafür bei den Abrechnungen besonders rubriziert werden. Den Arbeitslojen werden in den meisten Gewerkschaften die Beiträge erlassen, als verausgabte Unterjochungen werden dieselben gewöhnlich nicht angeführt.

Verbandsorgan 5434,75 Mark, das sind 21 Proz.; Bildungszwecke, Arbeitslojenbeiträge zusammen 1227,43 Mark, = 4 Proz.

Für 1897 liegt die Zusammenstellung der Gewerkschaften noch nicht vor, um einen Vergleich anstellen zu können. Das Ergebnis von 1896 und 1897 für den Gewerkschaft der Lederarbeiter ist also: nur ein Drittelteil ist für Unterjochungen verausgabte, zwei Drittelteile dagegen für Agitation Verwaltung und Verbandsorgan. Ist das Verhältnis in den übrigen Gewerkschaften dasselbe, dann erklärt dies zur Gewissheit, weshalb keine höheren Kostenbestände vorhanden sind.

Die Gründe für die minimalen Leistungen der Gewerkschaften lassen sich nun mit leichter Mühe feststellen, sobald man für Auszahlung von Unterjochungen festgelegte Bestimmungen einmal etwas näher ins Auge faßt.

Beginnen wir bei der Reiseunterstützung. Die Gewerkschaften verausgabten in vier Jahren bei durchschnittlich 833 Mitgliedern für diesen Zweck zusammen 41 639 Mark, das sind pro Jahr und pro Mitglied 16 1/2 Pfg. Die Gewerkschaft hatten in derselben Zeit bei durchschnittlich 213 715 Mitgliedern eine Ausgabe an Reisegeld von 1 352 300 Mark, mithin pro Jahr und pro Mitglied 1,58 Mark, d. i. nahezu zehnmal so viel, bei den Gewerkschaften. Welches sind nun die Ursachen dieses gewaltigen Unterschiedes?

Nach einer im September 1894 im „Gewerkschaft“ veröffentlichten Tabelle der Unterjochungen gelten für Auszahlung derselben folgende Voraussetzungen: Reisegeld: Karrenzeit bei den meisten Gewerkschaften ein Jahr, bei den Bauhandwerkern sogar zwei Jahre, bei den Hüttenarbeitern ein bis drei Jahre, eine Karrenzeit von einem halben Jahre haben nur die Tabakarbeiter und Kondiktoren.

Reiseunterstützung wird durchweg bezahlt bis zu 750 Kilometern, bei den graphischen Berufen sogar nur bis 500 Kilometern, und zwar pro Kilometer 1 1/2 — 2 — 2 1/2 — 2 3/4 Pfg.

Bei den Gewerkschaften ist die Karrenzeit mit wenig Ausnahmen nur eine halbjährige, die Unterjochungsbeiträge sind durchwegs dieselben, dagegen ist die Dauer der Bezugsberechtigung eine weit längere, als bei den Gewerkschaften.

Tabakarbeiter, die im Höchstfall im Gewerkschaft 750 Kilometer a 2 Pfg. = 15 Mark erhalten, können in der Gewerkschaft bis zu 26 Wochen Reisegeld beziehen, gleichzurechnen mit 3000 Kilometer a 2 Pfg. = 60 Mark.

(Schluß folgt)

Die Vertrauensmänner und Einberufer von Versammlungen werden erlucht, wenn Referenten gewünscht werden, sich nur an das **Verbandsbureau** zu wenden. Unsere Referenten sind streng angewiesen nur da zu sprechen, wo sie vom **Verbandsbureau** in Auftrag dazu erhalten.

Der Vorstand.
F. W. Schürholt.

Für die **Gemäßregeln in Sachsen** gingen ein:
Hinden 5,75 M., B. R., Gottesberg 3,50, G. B. Teuchern 2, —. F. S., Schlinghofen 29,85 M.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Frankfurt, 20. Juli. Kürzlich fand im Lokale der Wittwe Holtzhaus zu Groß-Holtthausen eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, in welcher zu der bevorstehenden Wahlenwahl Stellung genommen wurde. Kamerad Husemann referierte über das neue Knappschaftsstatut und erläuterte die Forderungen der Bergarbeiter in der Knappschaftsbewegung. Reichlich Beifall erntete der Redner. Als dann eine Resolution vorgelesen wurde, die später auch einstimmig Annahme fand, nur ihrem Kandidaten die Stimme zu geben, der dem Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter angehöre, verließ unser bis heriger Vertreter das Lokal. Trotzdem er ja wohl gegen das neue Statut gestimmt hat, scheint er sich der Organisation anzugehören. Alsdann wurde eine Kommission zur Aufstellung der Kandidaten gewählt. Sie hat inzwischen die Kameraden Heinrich Schmidt, Gustav Hebert und Wilhelm Petermann als Kandidaten zur Wahlenwahl nominiert. Kameraden, gebt nur diesen Kameraden eure Stimme, die auch der Organisation angehören.

Hinden (Ruhr). Auf Besche „Friedl. Nachbar“ fand in der Nachmittags um 23. auf den 24. cr. der Schachtbauer Fr. Sauerleitz aus Hinden auf der Ruhr seinen Tod durch Sturz in den Schacht. Ob Fahrlässigkeit von irgend einer Seite vorliegt, entzieht sich unserer Bekundung; doch mehrern sich auch auf den hiesigen Gruben die Unfälle derart, daß es wohl am Platze ist zu fragen: Wann endlich werden die Bergarbeiter ihre so sehr berechtigten Forderung nach Selbstkontrolle bewilligt erhalten?

Dortfeld. Beim Wirt Varlemann tagte am Sonntag den 7. Juli eine öffentliche Bergarbeiterversammlung, in der die Kameraden v. d. Höb und Bokorn über das Knappschaftsstatut referierten. Als Kandidaten zur bevorstehenden Wahlenwahl wurden die Kameraden Walter Am. Adolfschacht und Althoff und Herendorf. Die Wahlhöhe bei Warten vorgeschlagen und von der Versammlung angenommen.

Stollberg. Am Sonntag den 17. Juli tagte hier beim Wirt Düssel eine öffentliche Bergarbeiterversammlung. Kamerad U. Schröder hielt einen trefflichen Vortrag über: Den Werth der Organisation. Sodann sprachen H. Böls und Schürholt über das Knappschaftsstatut. Sämtliche Redner erhielten reichlich Beifall. Sodann wurden die Kameraden Böls (bisheriger Vertreter) als Kandidat für den Wahlenwahl und H. Platte als Ersatzmann vorgeschlagen. Nachdem Kamerad Hansmann noch einige aufmunternde Worte an die Versammlung gerichtet, wurde die so schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Kirchlinde. In der hier am Sonntag Abend stattgefundenen Bergarbeiterversammlung sprachen die Kameraden v. d. Höb und Bokorn über die Mängel in unserm Knappschaftsstatut. Beide Redner miedigten sich ihrer Aufgabe zur großen Zufriedenheit der Anwesenden. In dieser Versammlung wurde vorläufig noch Abstand von der Aufstellung der Kandidaten genommen.

Bommern. Die Knappschaftsmitglieder-Versammlung, welche am 10. Juli hier stattfand, war ziemlich gut besucht. Vertreter Mundschütz sprach eingehend über die Reform des Knappschaftsstatutes. Der Vortrag wurde allseitig mit großem Beifall entgegengenommen. Da der hiesige Vertreter bisher seine Pflichten jederzeit erfüllt hat, wurde einstimmig beschlossen, ihn wiederum aufzustellen und zu wählen.

Mitendorf, 18. Juli. Eine Bergarbeiter-Versammlung fand am 17. Juli unter dem Vorhitz des Kameraden Gottfried Högerhölzer-Mitendorf im Lokale des Wirtes Franz Schell statt. Zweck Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der Knappschaftsstatut. Als Hauptredner trat Kamerad Brangenberg auf, welcher zunächst das neue Knappschaftsstatut besprach. Die geringe Erhöhung der Pension steht mit den zu zahlenden Beiträgen in keinem richtigen Verhältnis. Die Pension, auch die für die Beamten, sei zu niedrig, es müsse erreicht werden, daß die Bergleute die höchste Pension nicht erst mit 45 Dienstjahren, sondern schon mit 20, spätestens mit 25 Dienstjahren erhielten. Nach den statistischen Berechnungen sei auch festgestellt, daß die Hälfte aller Invaliden keine 20 Dienstjahre hinter sich hätten. Die zur gemäßigten Partei gehörenden Knappschaftsstatuten hätten die Interessen der Bergleute nicht richtig vertreten, in dem neuen Statut hätte mehr erreicht werden müssen, so z. B. auch, daß nachdem der Reservefonds auf 40 Millionen geliegen sei, das überflüssige Geld zur Erhöhung der Pension und des Krankengeldes zu verwenden sei. Nach der jetzigen Statutvorschrift könne der Ueberschuß zur Vermehrung der Beamten u. Erhöhung der Gehälter verwendet werden. Weiter machte Redner die Mitteilung, daß der Herr Minister bis jetzt 5 Paragraphen beanstandet habe und sei zu hoffen, daß der Bundesrat, dem das Statut vorgelegen sei, dasselbe ganz ablehne. Dieserhalb sollten auch noch zwei Positionen eingebracht werden. Die Vorstände der beiden Verbände seien sich darum einig, bei der demnächstigen Knappschaftsstatuten-Wahl einmütig vorzugehen und sollen deshalb von jeder Seite Kommissionen gewählt werden, welche dann die Kandidaten gemeinschaftlich aufstellen. Knappschaftsstatut Hütten erklärte, daß er für das Statut gestimmt habe, weil die alten Invaliden schon lange auf eine Besserung gewartet hätten und weil eine kleine Aufbesserung besser sei, als gar keine. Wenn die Gewerke nicht mit für ein Statut stimmten, könnten nach Lage des Berggesetzes die Knappschaftsstatuten gar nichts wollen. Es sei deshalb rathsam gewesen, das anzunehmen, was man hätte bekommen können. Brangenberg hob dann noch hervor, daß eine Abänderung des Berggesetzes und ein einheitliches Gesetz, sowie einheitliches Knappschaftsstatut für ganz Deutschland angestrebt werden solle und daß dafür auch die neuen Knappschaftsstatuten eintreten müßten. Zu einer Aufstellung der Kandidaten kam es nicht, weil die Einberufer der Versammlung einseitig, und ohne Berabredung mit den Ortsvertretern des christlichen Gewerksverbandes vorgegangen waren. Am Sonntag, den 7. August findet eine weitere öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, welche endgültig über die Kandidatenfrage beschließen wird. Auch wird in dieser Versammlung ein Vortrag über die Unfälle im Bergbau und deren Verhütung gehalten werden.

Aus Sachsen, Thüringen und Bayern.

Bernburg. Die Versammlung, in welcher Huse an 6. ds. Mts. sprach, war schwach besucht, gestaltete sich aber dennoch zu einer äußerst interessanten. Zahlreiche Bergarbeiter, welche die Versammlung besuchen wollten, kehrten an der Thür wieder um, da 5-6 Beamte von den Solbay-Werken sich in Versammlungsal reich breit machten. Die Art und Weise, in welcher man

den Solbayarbeitern die freie Meinungsäußerung beschränken und sie zu willenslosen Knechten zu erziehen sucht, läßt es uns begreiflich erscheinen, daß die bloße Anwesenheit der Beamten die Arbeiter vom Versammlungsbesuch abhielt. Dennoch können wir mit Genugthuung sagen, daß sich auch unter den Arbeitern der Solbaywerke ein neuer frischer Geist regt, welcher die alten Bande der Knechtschaft abwerfen will. Diesen Geist zu stärken, dazu trug nicht am wenigsten bei der Verlauf der Versammlung. Nach dem mit lebhaften Beifall aufgenommenen Vortrag des Redakteurs Huse entspann sich eine rege Debatte über die Verhältnisse auf den Solbaywerken und die Ursachen des schlechten Besuchs der Versammlung. Kamerad Galenholz-Stahlfurt richtete u. a. an die anwesenden Beamten die Anträge, sich klipp und klar darüber auszusprechen, ob sie gekommen wären, nur um den ja auch für sie recht lehrreichen Vortrag Huse's mit anzuhören oder ob sie gekommen wären, um im Dienste des Unternehmertums die Arbeiter vom Versammlungsbesuch abzuhalten. Darauf erfolgte seitens verschiedener Beamten die prompte Antwort, sie hätten gar kein Interesse daran, die Arbeiter abzuhalten, hierherzukommen, sie beabsichtigten nur, den Vortrag mit anzuhören und müßten gestehen, daß derselbe ihnen sehr gut gefallen habe; die Arbeiter der Solbaywerken hätten das Recht, Versammlungen zu besuchen, welche sie wollten. Freilich fanden sich nicht viele Anwesende, welche den Versicherungen der Beamten Glauben schenken und das ist bei einem Blick auf die Verhältnisse in den Solbaywerken leicht erklärlich. Ueberdies wissen wir aus zahlreichen Erfahrungen, daß Werksbeamte nicht aus eigenem Antrieb zu unsern Versammlungen kommen, da sie es nicht wagen dürfen, so zu thun, als fänden sie Interesse an den Vorträgen der Arbeiter, dagegen sind uns Versammlungen im Gedächtnis, in denen von Werksleitern und Beamten in recht unschöner Weise versucht wurde, der Arbeiterbewegung Einbruch zu thun. Wenn nun durch das Dasein der Beamten ein guter Besuch der Versammlung verhindert wurde, so haben wir dadurch doch Gelegenheit erhalten, die Behandlung der Arbeiter zu kritisieren und das Gebahren ihrer Vorgesetzten an den Pranger zu stellen. Sollen aber die Praktiken, welche seitens des Direktors Schwarzenauer und seiner Beamten heute noch angewendet werden, vollends zur Unmöglichkeit werden, so müssen die Bernburger Kameraden fest zusammenhalten, sich Mann für Mann der Organisation anschließen, alle persönlichen Differenzen beiseite lassen und sich verbünden zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum. In der Hoffnung, daß die Bernburger Kameraden durch unsere Versammlung diesem Ziel um ein beträchtliches näher gerückt sind, wünschen wir denselben ein herzlich willkommen!

Stahlfurt. Das Kalk-Syndikat, ist nach mehrfachen unfruchtbaren Verhandlungen zwecks Erneuerung desselben, endlich doch auf weitere drei Jahre, also bis 1901 verlängert worden. Trotzdem die Kalk-Industrie nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Unternehmern besitzt, hat es doch ziemlich schwer gehalten, sie zur Einigkeit zu bringen. Noch in letzter Stunde weigerte sich die anhaltische Regierung, die durch ihr Vordröhnen der Werk an der Kalk-Industrie mitbetheiligt ist, auf die von der Konferenz der Beteiligten festgelegten Bedingungen einzugehen und konnte die Zustimmung der Regierungsbektrere nur dadurch erreicht werden, daß sich die Vertreter des Kgl. preussischen Werkes und einiger Privatwerke bereit erklärten, ihre Beteiligungsquoten um ein geringeres herabzusetzen und die Beteiligungen des herzoglich anhaltischen Werkes zu erhöhen. Es ist überhaupt bezeichnend, daß die älteren Werke nur äußerst schwer zu bewegen waren, den jüngeren erst in letzter Zeit in Förderung getretenen Werken einen entsprechenden Platz einzuräumen. Die älteren Werke glaubten ein Recht auf uneingeschränkte Förderung und Absatz zu haben, während die neuen Werke natürlich einen möglichst großen Theil davon für sich beanspruchten. Beinahe wäre es deswegen zu einem erbitterten Kampf zwischen den Unternehmern gekommen, d. h. wäre es nicht gelungen, einen Ausgleich zu Stande zu bringen, so hätten wir nach Schluß dieses Jahres einen Konkurrenzkampf der einzelnen Werke entstehen sehen, wie er in der Kalkindustrie noch nicht dagewesen ist. Daß das verhindert, liegt nicht nur im Vortheil der Unternehmer, sondern auch in dem der Arbeiter, da die Unternehmer es verstehen, die von einem Konkurrenzkampf wie durch andere wirtschaftliche Factoren ihnen entstehende Nachteile auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen. Letztere müssen sich das noch wiberwunderslos gefallen lassen, da ihre Organisation noch nicht die Macht besitzt, die dem Unternehmertum erfolgreich entgegenzutreten kann. Nehmen wir uns aber ein Beispiel an der wenn auch schwer zu Stande gekommenen Einigkeit des Unternehmertums und sorgen wir dafür, daß immermehr die Konkurrenz, welche sich die Arbeiter heute noch machen, aufgehoben wird, daß auch die Arbeiter sich einig werden in der Vertretung ihrer Interessen und der „Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“ bald auch in unserer Gegend eine solche Mitgliederzahl aufweisen wird, daß er energisch kämpfen kann für Verbesserung der Lage der Berg- und Fabrikarbeiter! — Welcher Widerstand der Erneuerung des Kalk-Syndikats seitens der Agitate entgegengesetzt wurde, darauf haben wir schon früher hingewiesen. Man hat ihren Widerstand dadurch zu brechen gewußt, daß man ihnen günstigere Bezugsbedingungen als den andern Kalknehmern versprach. Man sieht auch hierauf wieder, daß nur derjenige gehört wird, welcher tüchtig zu schreiben versteht; mögen die Arbeiter nun endlich einsehen, daß sie auch tüchtig schreiben, d. h. ihre Forderungen erheben und sie rühren müssen zur Vertretung ihrer Interessen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Stahlfurt. Die Belegschaft der Grube „Verknüpfte“ Friederike bei Hamersleben soll laut Anordnung von oben in einigen Wochen ihr Knappschaftsstatut fern und zwar an zwei Tagen: Sonntag und Montag. Am den Ausfall, den die Grube durch das Fehlen am Montag erleidet, wieder weit zu machen, ist man die Belegschaft jetzt Sonntagarbeit machen. Wir erkennen uns, gelesen zu haben, daß vor einiger Zeit von Reichs wegen Bestimmungen getroffen sind zur Einberufung der Sonntagarbeiter in industriellen Betrieben. Glaubt die Verwaltung der Grube etwa, daß diese Bestimmungen für ihren Betrieb keine Anwendung finden oder hat man etwa für diese Grube Ausnahmestände geschaffen? Die Belegschaft der Grube ist durchaus nicht gewillt, sich solcher Gestalt die Sonntagarbeit nehmen zu lassen, dagegen würde sie gern an dem fraglichen Montag arbeiten und auf das ihr aufstrotzende Fest verzichten. Uebrigens wäre es nicht mehr wie recht und billig, wenn der 40fache Millionär Strube, dem die Grube gehört, dafür sorgen wollte, daß den Arbeitern der Lohnausfall, den sie durch das ihnen aufgezwungene Fest erleiden, ersetzt wird, ohne daß sie gezwungen werden, Sonntag zu arbeiten. Die Verhältnisse auf dieser Grube lassen auch sonst viel zu wünschen übrig, ein ander Mal mehr davon! — Da auch die Lage der Arbeiter auf den andern Braunkohlengruben der Helmschleibener Mulde eine keineswegs rosig ist und sie über zahlreiche Mißstände zu klagen haben, ist es begreiflich und erklärlich, daß dieselben gekommen sind, endlich bessere Zustände zu

schaffen um sich zu diesem Zweck zu organisieren. Um das zu bewerkstelligen und die Kameraden über Zweck und Aufgaben des Verbandes der Bergarbeiter aufzuklären, sollte am Sonntag in Hamersleben eine öffentliche Versammlung stattfinden. Doch der Arbeiter denkt und die Polizei lenkt. Der Amtsvorsteher in Hamersleben war zwar gültig, die ordnungsgemäße Anmeldung der Versammlung zu beschleunigen, machte aber in seinem Schreiben gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Wirt des Lokals, in dem die Versammlung stattfinden sollte, die Erlaubnis nur zum Gastwirthschaftsbetriebe und nicht zu öffentlichen Versammlungen habe, da sein Lokal zum Abhalten von öffentlichen Versammlungen nicht geeignet sei. Sollte dennoch eine solche abgehalten werden, so würde er, der Amtsvorsteher, beim Landrath beantragen, daß ihm die Konzession zum Gastwirthschaftsbetriebe entzogen werde. Man sieht, es ist höchst eigenartig, wie sich Gesetz und Recht im Kopfe eines Amtsvorstehers spiegeln. Als die Kameraden (unter ihnen auch Kamerad Galenholz-Stahlfurt, welcher einen Vortrag über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung zugelegt hatte) gegen 3 Uhr im Lokal erschienen, hatte derselbst schon ein Gensdarm Posto gefaßt, der die Instruktion erhalten hatte, die Versammlung, wenn sie eröffnet wurde, aufzulösen. Unter diesen Umständen verzichteten die Anwesenden auf das Abhalten einer Versammlung, unterhielten sich gemüthlich und ließen sich im Vorwege, prächtig den Zweck des Bergarbeiterverbandes vom Kameraden Galenholz erklären. Alle anwesenden Bergarbeiter meldeten sich zum Eintritt in den Verband und versprachen, kräftig für seine weitere Ausbreitung zu wirken. Dem Gensdarmen, dem es in seiner Ede jedenfalls zu langweilig geworden war, mußte wohl die Geduld ausgehen, als er sah, daß keine Anstalten zur Eröffnung der Versammlung gemacht wurden. Nach 4 Uhr stand er auf und verkündete den Anwesenden, daß — er die Versammlung auflöse, gleichzeitig fordere er alle Anwesenden auf, daß Lokal zu verlassen. Diese Weisheit eines Gensdarmen wirkte geradezu verblüffend; wer hätte es auch für möglich gehalten, daß jemand eine Versammlung auflösen könne, die gar nicht stattfand, also etwas thun, was ganz unmöglich war? Aber so ein Gensdarm trägt das Unmögliche fertig, allerdings lassen sich die Anwesenden dadurch nicht lange stören. Nachdem sich die Wogen der Erregung über das bellplöselige Vorgehen des Beamten gelegt und der Gensdarm das Lokal verlassen hatte, blieb man noch bis zum Abend gemüthlich am Wirtshaus zusammen und unterhielt sich über die Wunder, die in der Welt passieren, aber auch über die ersten Aufgaben, welche der Beitritt zur Organisation aufstellt. Kameraden! Nach dem guten Anfang, den unsere Organisation genommen hat, bitten wir Euch, auch fernertn fest zusammenzuhalten, denn nur durch Zusammenhalt ist es uns möglich, bessere Zustände zu schaffen! Haltet fest zum Verband und kommt öfter zusammen, zum Austausch eurer Meinungen in dem Lokal des Gastwirths Deneke in Hamersleben, der eure Bestrebungen in jeder Weise unterstützt.

Potschappel b. Dresden. (Planenicher Grund.) Im „Deutschen Hause“ fand am Dienstag den 19. Juli eine Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlung statt. Huse referierte über den Zweck unserer Organisation. Redner bezeichnete es als eine grobe Fälschung wenn man behauptet, unser Verband verfolge unsäglichste staats- und volksfeindliche Ziele. Im einzelnen wies Huse nach, daß gerade wir uns im besten Sinne staatsverehrend, patriotisch nennen könnten, da wir allein dafür strebten, die Volkskraft nicht zu vergeuden, wie es das moderne industrielle System thue. Kameraden Huse referierte in ausführlicher, von umfassender Kenntniß der Angelegenheit zeugender Weise über das Knappschafts- und Pensionswesen im Königreich Sachsen. Er forderte die Kameraden auf, sich energisch an der Wahl stabsfähiger Arbeitervertreter in der Knappschaft heran zu machen, damit alles gethan, was möglich für das Wohl der Arbeiter. Beide Redner erhielten lebhaften Beifall. Ein Hüttenarbeiter schilderte noch die unhaltbaren Zustände auf der sächsischen Gußstahlfabrik. Sodann schloß Döhltschläger die Versammlung.

Zwickau-Pöhlau. Am Samstag den 16. Juli fand in Zwickau (Zwickauer) und am Sonntag den 17. Juli im angrenzenden Pöhlau eine Bergarbeiter-Versammlung statt, in denen Huse referierte über die Ziele der Berg- und Hüttenarbeiterbewegung referierte. Der Referent bezeichnete als die Ziele unseres Verbandes: Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Kameraden in solchem Maße, daß die Volksgesundheit erhalten und die Arbeiter theilnehmen könnten an den kulturellen Ertragsleistungen; Schuß der Bergmannsnothen durch Verhinderung der Kontrolle, die herbeigeführt wird, wenn man unsere Forderung: Anstellung von praktischen Arbeitern als Hilfskontrollen, nachläßt; Reformierung des Knappschafts- und Pensionswesens insofern, daß die Kameraden bei Krankheit und Invalidität vor Mangel geschützt sind. Den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag ergänzten die Kameraden Sasse, Gladewitz, Strung u. a. Allerlei wurde die absolute Nothwendigkeit einer alle deutschen Berg- und Hüttenleute umfassende Organisation betont. Die Versammlungen wurden mit kräftigem Hoch auf unsere Bewegung geschlossen.

Teuchern. Dienstag den 13. d. Mts. fand hier im ruhblühenden Lokale eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Kamerad Huse referierte in ausgiebiger Rede über die Ziele des deutschen Bergarbeiterverbandes. Redner gab zunächst ein Bild über die Lage der Steinkohlenbergleute Deutschlands. Auf unser Redner übergehend schilderte er die Einbrüche, welche er hier erhalten hatte. Nach seinem Urtheil, welches doch wohl als das eines Kenners aller deutschen, sowie auch mehrerer ausländischen Bergreviere Anspruch auf Zuberlässigkeit und Sachkenntniß machen kann, sind die hiesigen Verhältnisse die denkbar schlechtesten. In Bezug auf Lebenshaltung, Arbeitszeit und Lohn sowie Wetterverhältnisse hat er Ähnliches nur in dem berichtigten belgischen Becken Borinage und Oberschieben angetroffen. Nur die Vereinigung aller in Verbände kann hier Abhilfe schaffen, und zwar genügt es bei weitem nicht, daß bei Ausbruch etler Bewegung sich erst die Geister aufraffen, nein, nur ein festes, unermüdeliches Arbeiten auf dem einmal beschrittenen Wege kann hier bessere Aenderungen herbeiführen! Welcher Beifall lohnte die wirkungsvolle Rede. Nach einer längeren Diskussion, die sich namentlich mit den Zuständen in der Umgegend von Teuchern befaßte, schloß die Versammlung, für welche sich der Raum für die erschienenen Kameraden als viel zu klein erwies hatte.

Frei. Eine Gewerkschafts-Versammlung, in welcher Kamerad Huse und der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsartikels Reichstagsabgeordneter Heide sprachen, fand am Mittwoch, den 14. d. Mts. im Saale „St. Stephan“ hier selbst statt. Unter Anderem wies Kamerad Huse an der Hand des vom preussischen Handelsministerium herausgegebenen Berichtes vom 1. Vierteljahr 1898 nach, daß

der Ruhrbergmann	pro 8-9 Münd.	Sicht	3,66 M.
der Saarbergmann	„ 8-9 „	„	3,41 „
der Braunkohlenbergmann	„ 10-12 „	„	2,64 „

verdient hatte. Nun fördert aber ein mitteldeutscher Braunkohlenbergmann einen durchschnittlichen Jahreswerth von 2220 Mark, ein Ruhrbergmann einen solchen von 1770 Mark! Ein sächsischer Braunkohlenarbeiter verdient also seinem Unternehmer 450 Mark pro Jahr mehr und bekommt dafür pro Tag 1 Mark weniger (!) wie der Ruhrbergknappe. Es steht unzweifelhaft fest, daß der Braunkohlenbergbau entschieden dem Unternehmer mehr einbringt als der Steinkohlenbergbau, aber der Arbeiter zahlt die Besche! Der nachfolgende Redner Herr

Diele betonte, daß die 2 1/2 Millionen sozialistischer Stimmen am Wahltage noch lange nicht genügen, um wirksam für Arbeiterbeschäftigung und Wohlfahrt einzutreten zu können. Wären statt dieser 2 1/2 Millionen Stimmen ebensoviel gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden, es wäre besser um uns bestellt. Kamerad Strich erklärte nun, weshalb gerade die Zahlstelle Zangenberg resp. Beiz nach der vorjährigen Bewegung zurückgegangen sei. Es ist allgemein bekannt, daß Herr Inspektor Giesemann von Grube „Neue Sorge“ nach und nach alle für uns tätigen Kameraden „abgeminnelt“ hat, daß er die Uebrigen ebenso sukzessive in den von ihm protegierten „rechten“ Bergmanns- resp. Almbimverein bugsiert hat. Deshalb ist es um so notwendiger, daß gerade hier ausdauernd und belehrend gewirkt werde. Er forderte dazu die gesammte organisierte Arbeiterschaft von Beiz auf zur Unterstützung der Bergleute in ihren Bestrebungen. Dasselbe sollten auch die übrigen Nebner aus. Darauf Schluß der Versammlung.

Woban. Geradezu unglaublich klingt es, was uns von einem dortigen Kameraden berichtet wird. Zur Fabrik Woban gehört eine kleine Grube, „der Hase“ benannt. Mehrere Bergleute sind da unter der zur Grube gehörigen Holzhalbe beschäftigt. Die Arbeit ist so heiß, daß die Leute fast nur ohne Hemd arbeiten können; dabei ist es schmierig und naß. Abgeküht nun davon, daß von einer, etwa durch die Hitze verführten Arbeitszeit absolut nicht die Rede ist, haben mitunter die Leute in der Mittagsstunde, vor und nach der Schicht, für ihren Steiger einem Herrn Köhler auch noch schwer frohnden müssen, Kartoffel hacken, graben, Mist fahren u. dgl. Zum Dank dafür werden sie dann von diesem selben Herrn Köhler geschimpft, als besonders faul hingestellt, wenn sie etwa vor Hitze, Schlamm und Schwelch nicht mehr leisten können. So geht es zu am Ende des 19. Jahrhunderts im Herzen Deutschlands, dem Volke der Dichter und Denker!

Beizsch. Zur Beachtung! In der kürzlich stattgefundenen Konferenz der Vertrauensleute ist einstimmig die Einführung eines Botenlohnes von 5 Pfg. pro Mitglied und Monat für das ganze Gebiet beschlossen worden. Die Einrichtung hat sich da, wo sie bisher bestanden, gut bewährt und werden die Mitglieder gebeten, dies zu beachten. Die Beiträge sollen für die Zukunft ebenfalls überall abgeholt und Marken dafür gegeben werden, damit die Zahlstellenverwaltungen für belehrende Vorträge u. dgl. frei werden. Ferner ist die Einführung einer Unterstützungskasse für erkrankte Mitglieder beschlossen. Für die Vorarbeiten hierzu ist eine siebenköpfige Kommission gewählt und sind alle Zuschriften, die Unterstützungskasse betreffend, an den Vorsitzenden derselben, M. Strich, zu richten.

Muskelwitz. Zur Frage der Berginspektion. Auf der der Gesellschaft „Union“ gehörigen Ernstgrube hat der zuständige Revierbeamte, Herr Berginspektor Wähniß, vor Kurzem wieder ein Mal die Grube besichtigt. Viele Arbeiter wollen ihn seit 3 Jahren nicht gesehen haben.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Breslau.

Aus Oberschlesien. Zum Grubenunglück in Dregow schreibt man der „Bresl. Zig.“: Zweimal hatte die Förderseile nach dem Schudmannsloß je 25 Mann herunterbefördert. Eben sollte dieselbe zum dritten Male wieder mit 23 Mann und 2 Oberbauern in die Tiefe gehen. Steiger Reil kam im letzten Augenblicke an, er schiebt einen Mann bei Seite und stellt sich auf die Schale zur Einfahrt. Die Steiger Rihm und Peterel sind ebenfalls zur Abfahrt bereit. Im Einsteigen hält Rihm seinen Kollegen zurück, er hätte ihm noch etwas zu erzählen. Inzwischen geht die Förderseile ab, doch nur einige Sekunden vergehen und die Umstehenden sehen das Seil nach oben schnellen. Sie empfinden, daß ein Unglücksfall geschehen, doch hält Niemand denselben für so ernst, da ja Fangvorrichtungen vorhanden sind, die erst genert erprobt wurden. Inzwischen ist das Unglück in dem größtmöglichen Umfange zur Wirklichkeit geworden. Das erst am vergangenen Tage neu eingeschraubte Seil hat sich aus dem patentierten Seilschloß, genannt Klemme, herausgezogen und die 70 Zentner schwere Doppeltageseile ist durch das Viktorialoß nach dem Schudmannsloß in die Tiefe gesaut. Dort ist eine aus eichenen Balken mit starken Säulen errichtete Bühne. Dieses gewaltige Hindernis wurde jedoch durchgeschlagen und die Schale blieb verborgen in dem Hainig- und Hochhammerloß hängen. Die Fangvorrichtungen verlagten. Von der 25köpfigen Mannschaft sind 23 sofort tobt gewesen. Die armen Opfer sind zum Theil herausgeschleudert, zum Theil in der Schale hängen geblieben. Die Bergungsarbeiten sind vom Knappschloß unternommen worden. Der königl. Berggrath Sattig, Bergwerksdirektor Jonil, Bergverwalter Raintoch und Andere sind sofort eingefahren. Die Rettungsarbeiten sind mit aller Energie in Angriff genommen worden. Doch waren dieselben sehr schwierig. Die Kunde von der gräßlichen Katastrophe hat sich mit furchtbarer Schnelligkeit verbreitet. Der Knappschloß war bald von den Angehörigen der eingefahrenen Mannschaften belagert, die händeringend und herzzerreißend jammerten. Lebend zu Tage gefördert wurden: der Hauer Mathias Schmielert aus Schomburg, der alsbald nach Empfang der letzten Delung verstarb, und der Hauer Emanuel Kurel aus Dregow, der noch am Leben ist und nach Wuthen in's Knappschloßlazareth befördert wurde. An seinem Aufkommen wird jedoch gezweifelt. Die anderen Unglücklichen wurden leider nur als gräßlich verstümmelte Leichen, zum Theil ohne Köpfe und ohne Füße zu Tage gebracht.

Wuthen. Es geht hier das Gerücht, daß die Namen der hiesigen Einzelmitglieder und Privatabonnenten der hiesigen Polizeiverwaltung eingesehen werden. Wir haben demgegenüber zu bemerken, daß hier keine Zahlstellen des Verbandes bestehen, also auch die Namen der Einzelmitglieder nur in Bochum angemeldet werden. Sollte es wahr sein, daß trotzdem die Polizeiverwaltung die Namen der Einzelmitglieder in Händen hat, dann kann dieses davon herrühren, daß die Bochumer Polizei die Namen nach hier abermittelt, wenigstens glauben die hiesigen Kameraden fest daran. (Wir können nicht daran glauben, daß das Letztere auf Wahrheit beruht. Jedenfalls ist es nur Erfindung, um die Kameraden in Oberschlesien dem Verbanne fern zu halten. D. R.)

Neuroda. Auf der gräßlich b. Magnitschen Rubengrube in Kohlenort sind abermals ein Theil neuer Förderwagen eingestellt worden, von denen jeder 5 1/2 Hektoliter, gleich 11 Zentner Kohlen faßt. Dzu kommt noch das Gewicht dieser eisernen Wagen: Zwei Bergleute sind nur mit übermenschlicher Anstrengung im Stande, solche Lastwagen umzukippen, sollen es aber im Stande sein; es wird den Leuten eben Uebermenschliches zugemuthet. Vor einigen Tagen enthielt einer dieser Wagen in Kreisbeschrift die Worte: „Für uns Bergmannslöhne große Wagen, kleine Löhne.“ Diese Worte treffen den Nagel auf den Kopf, denn ein Schleppler erhält für seine so kolossal schwere Arbeitsleistung pro 10stündiger Schicht 2 Mk. Lohn. Davon gehen aber noch die Beiträge zu den verschiedenen Kassen ab; die Leute sind also ganzlich im Stande, für die ihnen bleibenden Tagelohngrößen sich so viel und solche Nahrungsmittel zu kaufen, als nöthig wäre, um die bei so schwerer Arbeit verbrauchten Kräfte wieder zu ersetzen. So lange diese Arbeiter noch jung sind, muß es mit Ach und Krach gehen, wenn sie aber ins eigentliche Mannesalter gelangen, sind die Arbeitskräfte bereits zum größten Theile verbraucht und die ausgemergelten Knochen wollen und können nicht mehr mit. Was scheint sich aber das ausbeuterische Kapital darum; für dieses ist Profit, viel Profit die einzige Lösung und dieser wird rücksichtslos aus den Arbeiterknochen geholt.

Altwasser. Die Bahnleute auf der „Segen Gottes Grube“ wollten am Freitag den 15. Juli nicht in die Grube fahren, da dieselben trotz ungeheurer Schinderei nur 2,30 Mark pro Schicht verdient hätten. Der Steiger Köhler rebete ihnen gut zu, sie sollten nur einfahren, in der Grube wolle er mit ihnen verhandeln. Als sie daraufhin einfuhren, sagte der Steiger Köhler ihnen, sie möchten sich das fehlende Geld nur von Sachse bezahlen lassen.

bl. Zellhammer. Auf schlesische Kohlen- und Kokswerke ist eine Bekanntmachung folgenden Wortlauts angeschlagen: „Die Arbeiter haben bei der Frühschicht, die 1/6 Uhr früh beginnt und um 2 Uhr Nachmittags endigt, ihre Brodpause von 10 bis 10 1/4 Uhr. (Mehrlinge Bestimmungen sind für die Mittag- und Abenddämmerung getroffen.) Arbeiter, die später oder früher als wie zu bejagter Zeit beim Brodessen betreffen werden, trifft Strafe! Jeder Kenner von praktischer Bergarbeit wird mit darin nicht geben, daß diese Anordnungen, wenn sie korrekt durchgeführt, vielfach zum Schaden der Werke ausschlagen, unter Umständen ja selbst Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohen und, was nicht ausgeschlossen ist, Ursache zu Weiterkatastrophen abgeben können. Arbeitet zum Beispiel ein Hauer im Pfeiler und hat die Oberloche weg zu machen, um 10 Uhr beendet und wäre gerade im Begriffe, das Hangende zu versichern (was unter Umständen 1 Stunde dauern kann), so müßte er gerade dann sein Brod essen, will er nicht bestraft werden! Diese Verordnung zwingt ihn ebenf. die Vorsichtsmaßregeln außer Acht zu lassen. Wenn nach 1/4 Stunde dann Hauer und Schleppler wieder vor Ort kommen, so können sie bei dem hier sehr schlechten Hangenden entweder das Nest schon verschüttet, oder in Gefahr, verschüttet zu werden, vorfinden. Ein anderes Beispiel: Ein Reparaturbauer ist in einer Wetterstrecke damit beschäftigt, schlechte Baue (Zimmerung) weg- und gute hinzumachen und hätte um 10 Uhr gerade den schlechten weg und wäre, die Gefahr des Zubrechens erkennend, damit beschäftigt, schnell einen neuen hinzumachen. Will er jedoch seine Brodpause nicht verkürzen, so muß er das Verbauen einstellend unterlassen. Während der Brodzeit kann die betreffende Stelle schon berartig zu Bruch sein, daß vielleicht auf mehreren Schichten trotz Ausbietung allen Bleibes es nicht möglich ist, sie wieder frei zu machen. Auf diese Weise kann die Abspernung des Weiterzuges sogar dazu führen, daß sich Moßgräber aufthun. — Es ist eine Thatsache, daß die meisten im Gedinge arbeiten. Die Gedinge sind wahrlich nicht so hoch, daß wir uns könnten kundenlang hinsetzen um auszurufen. Im Gegentheil, wir sind durch die schlechten Gedinge zum Hasten und Jagen, um viel Kohlen zu schaffen gezwungen und wie! Es ist schon so manches unterblieben, was sich bei dem betreffenden Bergarbeiter oder seinen Kollegen an Leben und Gesundheit schwer gerächt hat. Soll's vielleicht noch schlimmer werden?

Zellhammer. (Humane Behandlung.) Bekanntlich herrscht auf Schles. Kohlen- und Kokswerke Arbeitermangel. Anstatt nun mit den hier ansässigen Arbeitern human zu verfahren, beliebt man es, sie zu beharlen, wie nachstehender Vorfall zeigt. Am Sonnabend den 9. Juli hatte ein Ueber-tag-Arbeiter das Malheur zu erkranken und nahm von seinem

betr. Steiger einen Krankenschein. Vom Arzt wurde er dem Lazareth in Waldenburg überwiesen. Der Arbeiter zog es jedoch vor, sich lieber auf eigene Kosten zu kurieren, wahrscheinlich im Knappschloß-Lazareth den Kranken eine zu liebe Behandlung zuthell wird. Am 13. d. Mts. starb ihm ein Kind. Gezwungen durch Krankheit, hohe Preispreise und aller finanzieller Mittel beraubt, nahm er die Arbeit wieder auf und ersuchte seinen Steiger um einen Vorfuß von 30 Mark, um die notwendigen Ausgaben zu dem Begräbniß bestreiten zu können. Anstatt Vorfuß zu erhalten, wurde ihm getragt, ob er das Geld am Schnaps gebrauche! Das Charakteristik so recht die ärztliche Handlungsweise, welche unseren armen Kameraden zu theil wird.

Zellhammer. Schon oft ist in unserer Zeitung auf die Verhütung von Unfällen hingedeutet worden, jedesmal wurden auch von der Bergbehörde kleine Abänderungen geschaffen. Diesmal wollen wir die Unfallkasse auf die Generalgedinge verweisen. Bekanntlich werden dieselben stets an Leute vergeben, welche sich einer besonderen Begünstigung erfreuen, oder auch gewöhnlich den Verkehr mit anderen Kameraden vermeiden müssen, weil es in ihrem Kopfe sehr leer aus sieht. Die Bergbehörde scheint dies eingesehen zu haben, denn vor Kurzem wurde die Georg-Wittorgrube einer gründlichen Revision unterzogen, wo alles in besser Ordnung gefunden wurde, nur sollten aus den gefährlichen Arbeitspunkten stets 2 Mann arbeiten, was bis jetzt von der Verwaltung wohl den Herren Abtheilungsleitern bekannt gegeben war, aber nicht beachtet wurde, besonders galt dies beim Abarbeiten von General-Gebingen. Um hier mit den Leuten schnell fertig zu werden, achtet man wenig auf die Gesundheit der Arbeiter, sondern überläßt alles der Unfallkasse, damit dort nicht viel Geld angehäuft wird. Sollte dieser kleine Fingerzeig nicht genügende Beachtung finden und entsprechende Abhilfe nicht geschaffen werden, so müssen wir in einem längeren Artikel die Sache eingehend beleuchten und Thatsachen anführen. Material ist genug vorhanden.

Briefkasten.

Ang. B. Altersrente bezieht man erst mit 70 Jahren. Nichts inbaldenrente kann, wenn der Mann nicht im Stande ist, 1/3 des ortsüblichen Tagelohns verdienen zu können.

2000. Ihr Eingekandt hätten wir gerne berücksichtigt, es fehlte aber die Unterschrift des Vertrauensmannes. Dieses ist besonders in solchen Fällen sehr notwendig.

Anonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen. Im Uebrigen werden wir die Sache schon regeln.

Versammlungs-Kalender des Verbandes.

In allen Versammlungen werden Beiträge entgegengenommen und können sich Mitglieder anmelden.

Am 31. Juli finden nachstehende Versammlungen statt:

- Aplerbeck. Nachmittags 5 Uhr. Wirth Wirthhaus.
- Barop. Nachm. 6 Uhr, beim Wirth Eisenhrt.
- Bochum 2. Nachmittags 4 Uhr. Wirth Altschhoff.
- Borbeck. Morgens 11 Uhr bei Lange.
- Bückern. Nachmittags 4 Uhr, beim Wirth Homburg-Wanne.
- Dahlhausen 1. Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Steinfähler.
- Essen. Morgens 11 Uhr, bei Rothe (Kafino) Kattanienallee.
- Hattingen. Nachmittags 5 Uhr, beim Wirth Böing.
- Haryen. Bei Val. Stang. Vor und nach der Knappenvereins-Versammlung. — Die Botin ist berechtigt gegen Einleben von Lohnmarken Beiträge zu erheben.
- Serne. Nachmittags 4 Uhr, beim Wirth Bomm.
- Sorbel-Gickel. Nachmittags 4 Uhr. Wirth Udermann (fr. Döhler).
- Sohlwege. Nachm. 5 Uhr, beim Wirth Bergmann.
- Sittrop. Von 11 bis 12 Uhr.
- Süley. Nachmittags 6 Uhr, beim Wirth Rühmann.
- Katernberg-Rottfahnen. Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Wallher.
- Linden. Nachm. 5 Uhr, beim Wirth Woll.
- Lüdingortmund. Vor und nach der Knappenvereinsversammlung.
- Lückensberg. Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Thäle.
- Lünen. Nachm. 4 Uhr, bei Wirthaus jr.
- Oberhausen. Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Schauerer. Mülheimerstraße 209.
- Ober-Sernsdorf. Nachm. 3 Uhr, Deutscher Kaiser.
- Oberwaldenburg.
- Gespel. Nachm. 6 Uhr, beim Wirth Heuerbauer.
- Söderholz beim Wirth Linschermann.
- Schönebeck. Nachm. 5 bis 6 Uhr.
- Sprockhövel. Vom 25. bis zum letzten eines jeden Monats werden die Beiträge vom Zeitungsboten in Empfang genommen. — Die Mitglieder werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen.
- Wanne. Nachm. 4 Uhr.
- Weslich. (Zieht Zeit und Lokalangabe.)
- Werden a. d. R. Morgens 11 Uhr.
- Zangenberg. Einkaufsrechnung der Beiträge.

Zur Beachtung. Etwaige Fehler im Versammlungskalender oder Umänderungen bitten wir uns zu melden. Ebenso erwarten wir von allen Versammlungen Berichte. Die Redaktion.

Öffentl. Bergarbeiter-Versammlungen

- mit der Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Knappschloßwahlenwahl und Aufstellung der Kandidaten. 2. Verschiedenes.
- finden Sonntag, den 31. Juli statt:
- Schalke.** Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stallberg in Hefler.
 - Hamm.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Böller.
 - Somborn.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Wirths Thomes.

Mitgliederversammlungen

- finden statt:
- Sonntag den 31. Juli:**
- Serne.** Nachmittags 4 Uhr bei Bomm. Tagesordnung: 1. Anmeldung neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Vorschlag zu einem Vertrauensmann. 3. Unsere Botenfrage. 4. Verschiedenes.
 - Oberhausen.** Nachmittags 4 Uhr bei Schauerer. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 - Lünen.** Nachmittags 4 Uhr bei Bäder. Tagesordnung: 1. Anmeldungen für den Verband. 2. Zahlung der Beiträge. (Die Rückstände müssen unbedingt geregelt werden.) 3. Vorschläge zu einem neuen Vertrauensmann und Zeitungsboten.
 - Söderholz.** Nachmittags 3 Uhr bei Linschermann. Nachher wieder jeden letzten Sonntag im Monat Nachmittags um 5 Uhr. Mitglieder, die über 3 Monate mit der Zahlung im Rückstand sind, werden gebeten zu bezahlen, da sonst keine Zeitung mehr zugestellt wird.

Borbeck.

Morgens 10 Uhr bei Lange. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge und Anmeldung neuer Mitglieder. **Essen.** Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da eine wichtige Besprechung stattfindet. Die Beiträge müssen pünktlicher gezahlt werden, da andernfalls die Zeitung entzogen wird.

Brecht.

Sonntag den 31. Juli, Morgens 10 Uhr, an bekannter Stelle: **Besprechung.** Hierzu fordere ich die Mitglieder auf, sämmtlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Bergleute,

die sich in ihrer freien Zeit einen Nebenverdienst verschaffen wollen, werden gebeten, ihre Adresse unter „Glocke“ in der Redaktion d. Bl. niederzulegen.

Bekanntmachung.

Das für den 31. Juli er. Wirth Krammer-Dittol, angekl. Bergarbeiterfest findet wegen Entschuldigungsverweigerung der Postbehörde nicht statt. Schon gekaufte Feste werden auf Wunsch zurückgenommen. Alle übr. Karten wollen die betrauten Kameraden halbgel. abholen. Das Comitee.

Todes-Anzeige.

Seine Morgen 7 1/2 Uhr nach Amazonischer schwerer Krankheit, die Frau unseres unglücklichen Kameraden

Johann Meier
geb. Maria Müller

Die Beerdigung findet Samstag den 30. Juli, Morgens 8 Uhr, vom Sterbehause, Dorfenerstraße 29, aus statt.
Am frühesten Beileid bitte!
Bochum den 27. Juli 1898.

Der Vorstand
des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter.

Süd-Camen.

Sonntag, den 31. Juli 1898, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale des Wirths Bedmann, Bahnhofshotel

Öffentliche Sprengel-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Das neue Knappschloßstatut. 2. Die Verpflichtung und das Versprechen der Kandidaten. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung ist der Aelteste Schäfer hiermit eingeladen. Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.
Der Einberufer.